

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

114 (19.5.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reflexion-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des
Zahlungszieles, bei geschäftlicher Zerschlagung und bei Ausbruch außer Kraft tritt. Geschäfts-
verträge und Gerichtsstand in Karlsruhe i. D. o. Schluss der Anzeigen-Nachnahme 6 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Ohne Inflation 2,20 Mark o. Durch Nr. 10
2,00 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-
lsruhe i. D., Marktstraße 28 o. Journal 7020 und 7021 o. Volksfreund-Mitteilungen: Durlach, Haupt-
straße 9, B.-Baden, Jagdhofstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 114

Karlsruhe, Dienstag, den 19. Mai 1931

51. Jahrgang

Henderlons Vermittlungsvorschlag

Der Internationale Gerichtshof im Haag soll Gutachten über juristische Seite der Zollunion abgeben Litwinow-Rußland fordert Wirtschaftsverständigung

Genf, 18. Mai. Der Völkerbundrat befahl heute unter dem Vorsitz von Curtius mit der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion.

Der englische Außenminister Henderlon schlägt folgende Entscheidung vor: „Der Völkerbund bittet den Ständigen Internationalen Gerichtshof, gemäß Artikel 14 des Paktes über folgende Frage sein Gutachten zu erstatten: Würde ein zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der in dem Protokoll vom 19. März 1931 getroffenen Vereinbarung mit Art. 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem am 4. Okt. 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 vereinbar sein? Der Rat bittet den Gerichtshof, den vorliegenden Antrag als dringlich zu behandeln.“

Gleichzeitig sprach Henderlon die Erwartung aus, daß bis zur Entscheidung des Rates über das Gutachten des Gerichtshofes die Verhandlungen über die Zollunion keinen Fortgang nehmen.

Bundeskanzler Schuber-Oesterreich erklärt: Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so habe Oesterreich diejenigen Verpflichtungen nicht verlehrt, die es seinerzeit im Anleihevertrag übernommen habe. Man könne unmöglich behaupten, daß Oesterreich durch den geplanten Vertrag seine Unabhängigkeit verleihe.

Die österreichische Regierung verhandelt mit mehreren Nachbarstaaten über neue Verträge, die am 1. Juli in Kraft treten sollen. Oesterreich und Deutschland seien bereit, auch jeder für sich, mit dritten Staaten über eine Angleichung der handelspolitischen Verhältnisse und die Herstellung des freien Warenverkehrs zu verhandeln. All das beweise, daß Oesterreich seine handelspolitische Unabhängigkeit nicht aufgeben. Das wichtigste Element der Souveränität eines Staates ist sein Recht, mit anderen Staaten zu verhandeln. Eine eventuelle Auslegung des Genfer Protokolls würde die Sorge des Auslandes um unsere Unabhängigkeit soweit treiben, daß Oesterreich aktionsunfähig gegenüber dem Ausland würde. Das Genfer Protokoll verpflichtet nicht nur Oesterreich zur Bewahrung seiner Unabhängigkeit, sondern auch die Mächte zu deren Respektierung. Schuber erklärte sich im übrigen vorbehaltlos mit Henderlons Vorschlag einverstanden.

Der französische Außenminister Briand verteidigt nach wie vor die Auffassung, daß der österreichisch-deutsche Vorvertrag den Friedensverträgen und dem von Oesterreich geschlossenen Anleihevertrag widerspreche. Es sei auch nicht gut möglich, die juristische Beurteilung der Frage zu trennen von der politischen und wirtschaftlichen Beurteilung. Briand versuchte dann nochmals nachzuweisen, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs durch die geplante Zollunion mit Deutschland gefährdet sei. Es bliebe die Tatsache bestehen, daß die Zollunion im Austausch für einen ungewissen wirtschaftlichen Vorteil über eine politische Gefahr, eine Bedrohung der Ruhe Europas darstelle. Er sei mit Henderlon darin einverstanden, daß es sich um eine wesentlich juristische Frage handelt, er halte aber daran fest, daß sie auch andere Probleme aufwerfe, die der Rat im gegebenen Augenblick zu prüfen haben werde. Wenn der Rat sich zur Entscheidung der Rechtsfrage nicht selbst für zuständig halte, so sei die französische Regierung damit einverstanden, daß ein Gutachten des Haager Gerichtshofes eingeholt werde. Sie beantrage die von Schuber ausgesprochene Bereitschaft Oesterreichs, den status quo bis zur Entscheidung über das Gutachten des Haager Gerichtshofes nicht zu ändern.

Der italienische Außenminister Grandi erklärt u. a.: Was die juristische Seite angeht, so befänden Verträge, Protokolle und Abkommen, die man nicht beseitigen könne. In dieser Beziehung habe Henderlon eine Einschließung vorgelegt, der die italienische Regierung zustimme.

Außenminister Dr. Curtius

Die Auslegung der hier in Frage kommenden vertraglichen Bestimmungen ist in erster Linie Sache der österreichischen Regierung, aber auch die deutsche Regierung habe bei ihren Verhandlungen darauf Wert gelegt, daß der geplante Vertrag nicht im Gegensatz zu geltenden Verträgen stehe. Die deutsche Regierung habe sich davon überzeugt, daß die mit der österreichischen Regierung vereinbarten Richtlinien sich vollständig im Rahmen der bestehenden Verträge halte. Curtius ging dann nochmals auf den Präzedenzfall der französisch-belgischen Zollverhandlungen in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein und zitierte eine Note des damaligen französischen Ministerpräsidenten Guizot aus dem Jahre 1842, die wie für den heutigen Tag geschrieben, den Einwand ad absurdum führt, daß die Unabhängigkeit eines Staates durch eine Zollunion gefährdet sei. Dr. Curtius wies schließlich mit Entschiedenheit den Versuch zurück, wegen der Rechtsfrage auch politische Fragen in die Debatte zu werfen. Es scheint mir nötig, so erklärte er, eines mit aller Klarheit zu betonen:

Wir sind damit einverstanden, daß der Haager Gerichtshof die Rechtsfrage klärt.

Es ist aber nicht zulässig, daneben den Völkerbund anzurufen, um den Vertrag hier unter dem Gesichtspunkt einer Störung des europäischen Gleichgewichts oder gar des europäischen Friedens zur Debatte zu stellen. Wobin sollten wir hier im Völkerbundrat kom-

men, wenn wirtschaftliche Verträge, auch wenn ihre rechtliche Zulässigkeit festgestellt ist, hier daraufhin untersucht werden, ob sie einzelnen Mächten erwünscht oder vorteilhaft erscheinen oder nicht. Hat man das in anderen Fällen getan, wo ähnliche Pläne gefaßt worden sind? Die Besonderheit des deutsch-österreichischen Falles liegt nur in den geltenden vertraglichen Bestimmungen. Ist diese Frage geklärt, so würde eine darüber hinausreichende Befassung des Völkerbundes mit der Angelegenheit nichts anderes bedeuten, als unsere beiden Staaten als Staaten minderen Rechtes zu behandeln. Die deutsche und die österreichische Regierung haben übereinstimmend erklärt, daß sie mit diesem Plan keinerlei politische Absicht verfolgen. Sie können das um so mehr, als sie, wie ich schon im Europäischen Studienauschuß ausgeführt habe, bereit sind, mit allen Staaten auf der gleichen Grundlage und auch über andere Vorschläge parallel zu verhandeln.

In einer äußerst beachtenswerten Sitzung des Europa-Ausschusses machte

Litwinow-Rußland

ein rückhaltloses Angebot zur friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten. Nach einem formellen Dank für die Einladung sprach Litwinow als Erster zur

europäischen Wirtschaftsstille

und entwickelte mit vielen Beispielen, daß in Sowjetrußland keine Wirtschaftsstille sei. Deshalb interessiere die Sowjets doch sehr stark die Krise in der übrigen Welt. Rußlands Aufträge belägen von Jahr zu Jahr größere Bedeutung für die Industrieländer. Weiter suchte er nachzuweisen, daß alle Staaten ein gewisses Dumping betreiben durch Preise, die im Export niedriger seien als im Inland. Rußland tue nichts anderes. Es bestrebe kein Plan zur Niederrückung eines anderen Staates auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Vorschlag Komets für Industrieländer sei vollkommen abwegig. Die bestehenden Kartelle hätten die Krise weder verhindert noch gemildert. Die neuen Kartelle könnten nur neue Sonderprobleme für wenige Kapitalisten hinter Monopolen bringen. In Europa beständen zwei Systeme, das kapitalistische und das Sowjetssystem. Sie ständen sich keineswegs absolut unvereinbar gegenüber. Die unvereinbaren Kämpfe zwischen ihnen seien nur Auswirkungen ihres Daseins.

Nun sei es an der Zeit, in der Praxis anzuerkennen, daß die Sowjetunion eine Tatsache sei.

Wenn die Weltwirtschaftskonferenz eine Resolution beschließen habe für allgemeine Zusammenarbeiten, so sei es ein wirtschaftlicher hinterstehender aber die politische Absicht des Kampfes gegen die Sowjetunion immer stärker werde und in ihrem fünfjährigen Plan den stärksten Beweis ihrer Festigkeit erbringt. Man habe gesagt, das sei ein teuflischer Plan zur Zerstörung der übrigen Wirtschaft. Kein Wort davon treffe zu.

Eine friedliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland werde Europa wesentlich helfen.

Mit den Präferenzen für einige europäische Staaten könne nur vorübergehend eine zweifelhafte Erleichterung geboten werden. Dahinter stehe aber die politische Absicht des Kampfes gegen die Sowjetwirtschaftsform. Dieses System der Präferenzen werde auch eine neue Zerteilung Europas in Gruppen bedeuten. Man müsse das Mißtrauen vergessen und müsse vertrauensvoll zusammenarbeiten. Litwinow erklärte schließlich, sein Vorschlag sei, eine Art von wirtschaftlichem Nichtantrittswort abzuschließen. Diesen Gedanken habe er in einem Resolutionsentwurf niedergelegt. Wie die Versammlung darüber denke, könne er nicht wissen. Dieser Vorschlag sei aber ein Beweis für den guten Willen der Sowjetunion und dafür, daß Rußland nur friedliche Arbeit wolle und keine feindlichen Absichten gegen irgend jemanden habe.

Die übrigen Redner brachten keinerlei neue Gesichtspunkte bei. Der belgische Außenminister Somans wünschte, daß die Kommission das Prinzip der Genfer Wirtschaftskonvention übernehmen möge, was von Kamel (Schweden) unterstützt und auf den Wunsch baldiger weiterer Verhandlungen erweitert wurde. Der Türke Cemil Bahcho Bey sprach sich sehr freundlich zu sämtlichen vorgeschlagenen Beschlüssen aus. Sie mühten nur die Interessen aller Staaten berücksichtigen. Auch die Ausführungen des Holländers von Blokkand drehten sich in gleicher Richtung.

Nach der Ankündigung einer weiteren Rede von Dr. Curtius und einer Resolution von Henderlon wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Oesterreichs 150 Millionen-Schillinganleihe zugelassen

WTB. Genf, 18. Mai. Das Kontrollkomitee für die österreichische Anleihe von 1922 hat heute nachmittags seine Zustimmung zu der Emission von Schillingen in Höhe von 150 Millionen Schilling erteilt, nachdem die WTG. in Basel bereits gestern ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Beteiligung an dieser Transaktion ausgesprochen hatte.

Was wird beschlossen?

Das Reichskabinett nimmt seine Beratungen wieder auf

Das Reichskabinett wird im Laufe dieser Woche die bisher zurückgestellten Beratungen über die finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen wieder aufnehmen. Es ist damit zu rechnen, daß diese Beratungen längere Zeit in Anspruch nehmen. Entgegen den Borausagen der Reichsregierung, die sich noch vor einiger Zeit gerührt hat, einen ausgeglichene Etat vorzubereiten zu haben, wird bereits jetzt zugegeben, daß im Laufe des Jahres 1931 ein neuer Fehlbetrag von weit mehr als einer Milliarde Mark zu erwarten ist. Er ist die Folge der weiter zurückgehenden Steuereinnahmen und der durch die Arbeitslosigkeit verursachten großen Ausgaben für Unterstützungszwecke. Der Reichstag hatte seinerzeit der Regierung die Ermächtigung zur weiteren Erparnis an den nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben erteilt. Es ist klar, daß die Ausführung dieser Ermächtigung allein den Fehlbetrag nicht deckt und daß weitere finanz- und sozialpolitische Maßnahmen geplant sind.

Der Inhalt dieser Maßnahmen aber steht bisher noch in keiner Weise fest. Alle Nachrichten, die darüber der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind, beruhen auf Kombinationen oder sind Wünsche. Das gilt insbesondere von den Angaben über die Kürzung der Beamtengehälter und die Kürzung der Sozialbezüge. Zweifellos werden solche Pläne innerhalb der Reichsregierung erwogen. Bisher ist aber eine Verständigung über sie nicht erzielt worden. Gegen die weitere schematische Kürzung der Beamtengehälter werden nicht nur von den Beamten selbst, sondern von anderen politischen Kreisen so erhebliche Bedenken geltend gemacht, daß auch innerhalb der Reichsregierung Zweifel entstanden sind, ob der ursprüngliche Weg noch einmal beschritten werden kann.

Auch gegen die Kürzung der Sozialausgaben machen sich erhebliche Widerstände bemerkbar. Das Gutachten der Erbauskommission zu der Frage der Unterstützung der Arbeitslosen liegt bisher nicht vor. Aber selbst wenn es Vorschläge zur Kürzung des Aufwands für die Unterstützung

enthalten sollte, wird wahrscheinlich damit immer noch nicht der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden können. Die Frage einer Beitragserhöhung taucht also aufs neue auf. Ebenso schwierig ist die Neuregelung bei der Krisenfürsorge, und der Wohlfahrtsunterstützung für die Arbeitslosen bei den Gemeinden. Sozialdemokratie und Städtetag verlangen, die Zusammenfassung dieser beiden Einrichtungen bei gleichzeitiger Entlastung der Gemeinden, die selbst vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen. Aber wenn auch politische Entscheidungen des Reichskabinetts in den nächsten 14 Tagen kaum zu erwarten sind, so muß man sich doch des vollen Ernstes der finanzpolitischen Situation und der großen Gefahren für die sozialen Einrichtungen bewußt sein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird infolgedessen am Dienstag zusammentreten, um sich mit dieser Lage zu beschäftigen. Unmittelbarer Anlaß dazu ist auch die mangelhafte Regelung der Frage des Brotpreises. Die Reichsregierung hat bisher die ihr durch Gesetz auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Der Brotpreis ist in zahlreichen Städten Deutschlands gestiegen. Die Maßnahmen der Reichsregierung haben nicht vermocht, den Brotpreis dem Gesetz entsprechend auf den alten Preisstand zurückzubringen. Das aber ist eine unerlässliche Notwendigkeit. Das Verlangen der Reichsregierung in der Brotpreisfrage kann zu einer schwierigen, gefährlichen Zuspitzung der politischen Situation führen, der nur ausgewichen werden kann, wenn die Reichsregierung jetzt unverzüglich durch Herabsetzung der Zölle auf Weizen, Gerste und Futtermittel eine allgemeine in ganz Deutschland wirkende Senkung der Getreide- und Mehlpreise einleitet.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird auch den Termin einer wahrscheinlich noch vor dem Leipziger Parteitag stattfindenden Fraktionsführung festlegen.

Amtliches Wahlergebnis in Oldenburg

Wahl Oldenburg, 18. Mai. Das vorläufige amtliche Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen stellt sich wie folgt dar:

Deutsche Volkspartei	5 558, 1 Mandat
Sozialdemokraten	54 878, 11 Mandate
Staatspartei	8 513, 1 Mandat
Nationalsozialisten	97 778, 19 Mandate
Kommunisten	18 935, 3 Mandate
Wirtschaftspartei	4 274, — Mandate
Landvolk	5 408, 1 Mandat
Chr.-Sos. Volksp.	2 942, — Mandate
Zentrum	46 192, 9 Mandate
Deutschnationale	12 926, 2 Mandate
Gemeinschaftsliste der Deutschnat. und Volkspartei in Birtenfeld	5 194, 1 Mandat

Aus Oldenburg wird berichtet: Zu dem Ergebnis der Landtagswahlen ist zu bemerken, daß die NS. trotz ihres Gewinnes an Stimmen ihr eigentliches Ziel, nämlich die Eringung der absoluten Mehrheit im Landtag, nicht erreicht haben. Auch mit den Deutschnationalen zusammen ist diese Mehrheit nicht vorhanden. Die Situation im neuen Landtag ist immerhin einigermaßen präzis, da ungefähr 24 Abgeordnete der im Reich der Opposition stehenden Parteien etwa 24 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüberstehen. Die Opposition setzt sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten zusammen. Die Deutschnationalen befinden sich in einer schwierigen Lage, da sie seinerzeit selbst das jetzige Kabinett mitgewählt und noch im letzten Wahlkampf erklärt hatten, daß sie das Kabinett, das mit Erfolge regiert habe, unterstützen würden. Auf der anderen Seite liegt aber auch die Erklärung vor, daß die Deutschnationalen auf keinen Fall eine Spaltung in dem nationalen Gesamtkreis (Hitler, Selbte, Eugenbera) herbeiführen würden. Die Entscheidung wird zweifellos bei der Deutschen Volkspartei und bei den Abgeordneten des Landvolks liegen, da die Sozialdemokratie das jetzige Kabinett tolerieren dürfte.

Wie verlautet, wird das Kabinett am Montag in einer Sitzung zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Man nimmt an, daß es nicht zurücktreten, sondern die Entscheidung des Landtages abwarten wird.

Verhaftung von Reichswehrangehörigen

Wahl Hannover, 18. Mai. Zu der Verhaftung von Reichswehrangehörigen in Hannover teilt die Pressestelle des Polizeipräsidenten mit, daß es sich um einen in Linden (bei Hannover) wohnenden Obergezeiten beim hiesigen Gebrauchsabteilungskommando, sowie um zwei Kommunisten handelt, darunter den hannoverschen Führer des illegal weiterbestehenden Rotfrontkämpferbundes, die alle wegen Waffenbesitzes und Verletzung der Reichswehr verhaftet und auch schon dem Amtsgericht zugeführt wurden. Der Obergezeiten verhaftete schon seit einiger Zeit in kommunistischen Kreisen und hat auch nach längerem Verweilen zugesehen, vor einiger Zeit einen Karabiner gestohlen und seinen kommunistischen Bekannten zu Unteroffizieren übergeben zu haben. Er ist weiter gefänglich, bei einer internen kommunistischen Sitzung anwesend gewesen zu sein und mit einer Abteilung kommunistischer Exerzierübungen abgehalten zu haben. Ein weiterer Reichswehrangehöriger, der festgenommen worden war, mußte mangels hinreichenden Beweises wieder freigelassen werden. Der verhaftete Rotfrontführer gibt nur seine Beziehungen zu dem Obergezeiten an, verweigert aber sonst die Aussage.

Frecher kommunistischer Schwindel

Durch die kommunistische Presse geht unter der Überschrift „Kinderpeinigung schmerzt mich“ eine Notiz, in der behauptet wird, Minister Severing habe im Jahre 1929 als Reichsinnenminister in einer Denkschrift sich gegen die Kinderpeinigung mit der in der Ueberschrift wiedergegebenen Begründung gewendet. Selbstverständlich ist an dieser ganzen Nachricht kein wahres Wort. Zum Beweis dieser verkehrten Behauptungen führt die kommunistische Presse eine im Jahre 1929 vom Reichsgesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1927 an, die Severing als damaliger Reichsinnenminister dem Reichstag zur Kenntnis gebracht habe. Die Denkschrift, die 24 Druckseiten stark ist, berichtet über den Stand der Bevölkerung, Sterblichkeit, Geburtenzahl, Krankheiten usw. und geht dabei auch auf die Maßnahmen die zur Hebung des Gesundheitsstandes usw. getroffen wurden, ein. Selbstverständlich werden alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Sterblichkeit und der Krankheitsursachen in diesem Bericht aus dem Stand des Jahres 1927 durchaus beiseite gerückt. In dem Kapitel über Gesundheitspflege wird gerade über die Kinderfürsorge gesagt, daß die öffentlichen Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit immer allgemeinere Anerkennung finden. Auch auf die Schulkinderfürsorge und die Schulkinderpeinigung, die sich damals in zunehmender Entwicklung befand, wird hingewiesen. Dabei wird lediglich registriert, daß Stimmen gegen eine wahllose Ausdehnung der Schulkinderpeinigung laut werden, die eine Beschränkung der „Aufsicht“ auf tatsächlich bedürftige Fälle wünschen. Die kommunistische Presse aber reißt aus dieser medizinisch-hygienischen Denkschrift wenige Sätze ohne jeden Zusammenhang heraus, um so dem Sozialdemokraten Severing verkehrterweise nachzusagen, er habe sich gegen die Kinderpeinigung gewandt.

Belagerungszustand in Madrid aufgehoben

Madrid, 19. Mai. Der Ministerrat hat in seiner gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Belagerungszustand in Madrid wieder aufzuheben.

Madrid, 18. Mai. Die von der Polizei verhafteten jungen Deutschen sind aus Spanien ausgewiesen worden.

Madrid, 18. Mai. Der Minister des Innern hat dem Bischof von Vitoria den Rat gegeben, Spanien zu verlassen, da er durch seine politische Tätigkeit den 8-jährigen Frieden gefährde. Daraufhin hat der Prälat heute morgen die französische Grenze überschritten.

Der preußische Gesandte in München wird abberufen. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Nachdem die preussische Staatsregierung aus Sparnisgründen beschlossen hat, die preussische Gesandtschaft in München aufzuheben und der preussische Landtag diesem Beschluß zugestimmt hat, ist der derzeitige preussische Gesandte bei der bayerischen Staatsregierung, Dr. Dönt, unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einseitig in den Ruhestand versetzt worden.

Jahresversammlung des Deutschen Auslandsinstituts. Das DAI hat in Stuttgart keine Jahresversammlung abgehalten. Neben den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates wählten dieser Veranlassung Vertreter der Reichs- und Länderbehörden, des Auslandsbüros sowie der Vorsitzende des Verwaltungsrates des DAI, Wolfharter a. D. Soli, bei.

Wer wird Briands Nachfolger?

Das große Käffelraten

Paris, 18. Mai. (Eig. Draht.) Nach einer Meldung, die aus der Umgebung Briands zu stammen scheint, soll Außenminister Briand die Absicht haben, am Donnerstag, d. h. sofort nach Beendigung der Tagung des Europa-Ausschusses nach Paris zurückzukehren, um in einem Ministerrat, der für diesen Tag einberufen werden soll, die Erklärung abzugeben, daß er seine Demission aufrecht erhalte. In politischen Kreisen wird bereits die Frage erörtert, wer der Nachfolger Briands im Außenministerium werden soll. Für die nächste Zeit ist diese Frage noch nicht akut, da Ministerpräsident Laval bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten der Republik die Geschäfte des Außenministers mit übernehmen wird. Sobald Doumer aus Exil zurückgezogen ist, wird der Tradition gemäß das gesamte Kabinett seine Demission anbieten. Man erwartet dann allgemein, daß Laval wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt wird. Wahrscheinlich wird Laval diese Gelegenheit zu einer Umbildung seines Kabinetts benutzen, wozu die Besetzung des Außenministeriums den Ausgangspunkt bilden wird. Als Nachfolger für Briand wird in den Kreisen der Gemäßigten und der Rechtsparteien Lardieu genannt. Man spricht aber auch von Herriot, der sich durch seine scharfe Beurteilung des deutsch-österreichischen Zollabkommens viele Freunde in den mittleren und Rechtsparteien der Kammer gewonnen hat. Es ist aber fraglich, ob Herriot in ein Kabinett eintreten kann, an dem die radikale Partei die

Beteiligung abgelehnt hat, weil in ihm zu viele Gegner der Einheitschule, d. h. der konfessionslosen Schule, sitzen. Sollte Herriot ablehnen, käme in erster Linie der gegenwärtige Unterstaatssekretär Francois Poncet als Nachfolger Briands in Frage. Francois Poncet hat an der Organisation der Getreidekonferenzen des Europa-Ausschusses einen hervorragenden Anteil genommen und gilt auch als der eigentliche Autor des französischen Wirtschaftsprоекts. Es scheint, daß seine Ernennung zum Außenminister von der Mehrheit der Kabinettsmitglieder befürwortet wird. Sonst käme noch der radikale Senator de Jouvenel in Frage, der aber wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen wie Herriot ablehnen wird.

Weizenkonferenz in London

London, 18. Mai. (Eig. Draht.) In London wurde am Montag die von den Weizen ausführenden Ländern beschickte Weizenkonferenz eröffnet, die nach dem Scheitern der entsprechenden Verhandlungen in Rom durch Kanada einberufen worden ist. Der Zweck dieser Konferenz ist der, durch den ungleichen Preisfall und die Fällung der Sechser erstickten Marktlage durch eine einheitliche Preis- und Marktpolitik zu begangen. Auf weitere Schritte setzen ihre Entschlüsse in die Weltwirtschaft ein, als das Brot nicht übermäßig verteuert werden darf und als der Schwächung der landwirtschaftlichen Länder gesteuert werden muß, da diese sonst als Abnehmer für die Waren der Industrieländer noch weniger in Frage kommen als bisher.

Neudeutscher „Idealismus“

Der Bankerott der Schule

An der Untersekunda eines süddeutschen Gymnasiums führte ein junger Lehrer seine Schüler in den Schillerischen Idealismus ein. Um zu prüfen, wie weit die Schüler in der Schwung der idealistischen Gedanken mitgeraten seien, stellte er ihnen folgendes Aufsatzthema: „Wie ich mir Deutschlands Wiederaufstieg denke.“ Er erwartete natürlich eine Anknüpfung an den Idealismus der großen Weimaraner, an die lospolitischen Ideen der deutschen Klassiker. Es kam anders. Von zwanzig Aufsätzen waren siebzehn nichts anderes als blödsinnige Wiederholungen nationalsozialistischer Propagandaphrasen. Einer der Sechszehnjährigen schrieb: „Der Krieg hat uns erschüttert, der Krieg soll uns wieder aufrichten. Einen Krieg, ein Waffenmorden willst Du haben? Ja, denn ohne Krieg geht es bei der Menschheit nicht. Das Tierische hat immer noch die Oberhand im Menschen. Der rasche Junachs unierer Stillbewegung laßt mir, daß die Entscheidung kommen muß. Sie wird sich in unlerem Vaterland die Oberhand verschaffen. Wohl wird dieser Bürgerkrieg viel Blut kosten, es wird jedoch nicht umsonst stehen.“

Ein anderer leistet sich folgendes: „Die Nationalsozialisten werden unser Vaterland aus dem Elend, in das es während des Krieges durch eine gewisse Klasse und nachher auch in der Hauptsache durch letzte Bonzen geführt worden ist, herausheben und emporführen.“

Ein Dritter schreibt: „Und erst die Scheidemänner, Crispian, Brüningmänner, die Auslese des Volkes, die uralte und sündliche Schöpfung begeben. Welch erhebender Augenblick muß es für einen deutschpöhlisch denkenden Menschen sein, die Köpfe der obengenannten Herren rollen

zu sehen. Die nächste Aufgabe wird sein, den Freimaurern und Jesuiten und anderen Kuttenträgern sich zu empfehlen, von den ausverwählten Wüstenhöfen der Halbinsel Sinai gar nicht zu reden.“

Schließlich ein Vierter: „Der Berliner Polizeipräsident ist auch ein eingewandertes Jude, der gehört natürlich abgeschafft und ein Deutscher muß das Amt übernehmen, wenn wir hochkommen wollen.“

In siebzehn von zwanzig Schulaufsätzen hat sich in dieser Weise die Denkart der sechszehnjährigen Gymnasialisten entrollt. Es ist die Enthüllung des vollständigen Bankerotts der höheren Schule in Deutschland.

Feders zweierlei Federn

Der Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder ist vom Schöffengericht Köln wegen einer bösslichen Beleidigung des Genossen Hermann Müller zu 800 M Geldstrafe verurteilt worden. Herr Feder, dem der Vorliegende des Gerichts bei der Eröffnung der Verhandlung zunächst die Pflicht der Höflichkeit dem Gericht gegenüber beibringen mußte, verteidigte sich mit der bemerkenswerten Erklärung: „Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß jeder Würdige ein Lump ist und Reichstagsabgeordnete haben ich stets verehrt.“ Herr Feder erklärt einerseits vor Gericht, daß er Hermann Müller nicht nur als Gegner geschätzt, sondern geradezu verehrt habe, andererseits hatte er Hermann Müller in öffentlichen Versammlungen die bösslichsten Beschimpfungen nachgesprochen.

Hat Herr Feder zu seiner Verteidigung vor Gericht gelogen? Wir nehmen es nicht an, wir glauben vielmehr, daß er außerhalb des üblichen Rahmens der Agitation in der Nähe einer Gerichtsverhandlung ehrlich gesagt hat, wie er als Privatmann über Müller denkt. Was ergibt sich aber daraus, daß er in den öffentlichen Versammlungen, in denen er Müller beschimpft hat, nicht seine ehrliche Meinung gesagt hat?

Leutnant Crozier-Desgranges Hetze

Die nationalsozialistischen Verleumdungen gegen Crispian und Dittmann zusammengebrochen - Keumütiges Bedauerngestammel der Verleumder

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Hildburghausen erklärte der Referent, ein Studientrat Hille, am 13. Juni 1930, es sei klipp und klar bewiesen, daß die Reichstagsabgeordneten Crispian und Dittmann während des Krieges von dem französischen Offizierspion Crozier-Desgranges Geld zur Förderung der Revolution in Deutschland erhalten hätten. Diese Behauptung wurde in dem Hildburghausener Kreisblatt und in der Dorfszeitung in Hildburghausen weiterverbreitet. Die Abgeordneten Crispian und Dittmann ließen von ihrem Rechtsbeistand, dem Reichstagsabgeordneten Landsberg, gegen die beiden genannten Zeitungen und gegen Studientrat Hille Anklage wegen Verleumdung erheben.

Der verantwortliche Redakteur des Hildburghausener Kreisblattes, Paul Otto George, ließ um Zurücknahme der gegen ihn erhobenen Privatklage bitten. In einer Erklärung nahm er die „klipp und klar bewiesene“ Verleumdung ohne jede Einschränkung zurück. Außerdem übernahm er die Kosten des Verfahrens.

Der verantwortliche Redakteur der Dorfszeitung wollte auf Veranlassung seines Verlegers den Wahrheitsbeweis für die erwähnten Behauptungen führen. Sein Rechtsvertreter verwies auf das Buch von Crozier-Desgranges „In geheimer Mission beim Feinde“. Es sollten als Zeugen der französische Spion Crozier-Desgranges und der Kommunist Bied geladen werden. Der Versuch des Angeklagten, den Wahrheitsbeweis zu führen, brach kläglich zusammen. Der französische Spion Crozier-Desgranges war nicht bereit, vor dem deutschen Gericht zu erscheinen und der Kommunist Bied war dauernd in Rußland. Nirgends war auch nur die Spur eines Beweismaterials anzutreffen, und so blieb auch dem zweiten Redakteur Honndorf nichts übrig, als ebenfalls die „klipp und klar“ bewiesenen Anschuldigungen gegen Crispian und Dittmann vorbehaltlos zurückzunehmen. Honndorf gab folgende Erklärung ab:

„Ich bedauere, durch die Wiedergabe der Rede des nationalsozialistischen Studientrats Hille in Nr. 136 der Dorfszeitung Hildburghausens vom 13. Juni 1930 eine läche Nachrede über die Reichstagsabgeordneten Crispian und Dittmann verbreitet zu haben. Ich

habe mich übereignet, daß in den Aufhaken des Matin, auf die Studientrat Hille sich in seiner Rede berufen hat, nirgends behauptet wird, daß die Abgeordneten Crispian und Dittmann mit dem französischen Spion Crozier-Desgranges während des Krieges in irgend welchen Beziehungen gestanden hätten. Ich habe mich ferner überzeugt, daß in diesen Aufsätzen und dem ihm suarunde liegenden Buch des Crozier-Desgranges „In geheimer Mission beim Feinde“ die Namen der Abgeordneten Crispian und Dittmann überhaupt nicht genannt sind und daß dieses Buch wegen offenkundiger Unrichtigkeit seinerlei Beweisstrafe befreit.

Auch Studientrat Hille hat mir auf wiederholte Anfragen keinerlei Beweis dafür erbringen können, daß er die Beschuldigungen gegen die beiden Reichstagsabgeordneten zu Recht erhoben hat.

Nach all dem nehme ich die in meinem Bericht enthaltenen klaren Nachreden gegen die Abgeordneten Crispian und Dittmann mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Ich verpflichte mich, die Kosten des Verfahrens zu tragen und diese Erklärung auf meine Kosten in der Dorfszeitung Hildburghausens, in dem Hildburghausener Kreisblatt sowie im Politischen Beobachter in München und in der Deutschen Zeitung in Berlin zu veröffentlichen.“

Der Beschuldigte verpflichtete sich ferner, 100 Mark Buße an die Stadt Berlin für Wohlfahrtszwecke anzubekommen. Bleibt noch die Abrechnung mit dem Studientrat Hille. Gegen ihn ist von der Staatsanwaltschaft in Meiningen im öffentlichen Interesse eine Anklage wegen Verleumdung erhoben worden. Vor dem Schöffengericht Meiningen sollte bereits am 2. Dezember 1930 gegen Hille verhandelt werden. Der Vermin wurde aufgehoben, weil der Verteidiger Hilles, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Franz II, darum ersucht hatte, er hätte die Sache noch nicht durcharbeiten können, und außerdem müßte er sich am 3. Dezember an der Eröffnung des Reichstags beteiligen. Dann wurde das ganze Verfahren zurückgestellt bis zur Erledigung des Prozesses gegen die beiden Redakteure.

Hoffen wir, daß nun endlich auch dieser Prozeß durchgeführt werden kann, damit offenbar wird, wie leicht ein Studientrat mit der Ehre politischer Gegner umspringt und wie leichtfertig die Nazipresse solche Verleumdungen weiter verbreitet.

Freistaat Baden

Schule und Vereinstätigkeit

Das Unterrichtsministerium hat an die Schulleitungen und Schulbehörden der öffentlichen Schulen einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt: Verschiedene Vorkommnisse geben Veranlassung, die Lehrkräfte der Schulen darauf hinzuweisen, daß in Betracht der Charakters der öffentlichen badischen Schulen jede Werbung schulpflichtiger für Vereine während des Unterrichts als auch in den Schulpausen zu unterbleiben hat. Mit diesem Verbot soll den Religionslehrern eine im Rahmen des Religionsunterrichts sich haltende und der religiösen Sittenlehre entsprechende sachliche Aufklärung nicht unterlagert sein. Die Lehrkräfte sind entsprechend zu verständigen.

Der Sparkommissar in Mannheim

Wie die Neue Badische Landeszeitung berichtet, trifft der Reichssparkommissar, Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Staatsminister a. D., Dr. h. c. Sämisch, Dienstag zu einer ersten Besprechung mit dem Oberbürgermeister in Mannheim ein.

Badischer Herztag

Am 16. und 17. Mai fand in Baden-Baden der 8. Badische Herztag statt. Die Teilnehmer waren außer dem Vorsitzenden der Deutschen Herztag, Vertretern von Ministerien, Sozialversicherungsorganen und Landesvereinigungen der Nachbarstaaten, etwa 200 badische Ärzte erschienen. Der Vorsitzende der Badischen Herztag, Landesrat, Dr. M. a. M. Mannheim, wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß die Herztag in der jetzigen Zeit sich nicht nur als unumgängliche Pflichtveranstaltung, sondern auch als unentbehrlich aber jetzt mehr denn je die Erhaltung ihrer Herisfähigkeit zu betrachten sei. Der Vorsitzende der Deutschen Herztag, Geh. Rat Stauder, Nürnberg, wies darauf hin, daß die Herztag zur Sozialversicherung bekennen, daß sie aber eine Reform für notwendig halten und daß diese auch eine Änderung der Stellung des Arztes in der Sozialversicherung bringen müsse. Die Hauptreferate hielten Prof. von Weizsäcker (Heidelberg) und Prof. Dr. E. G. P. (Mannheim). Prof. von Weizsäcker behandelte das Thema „Der soziale Faktor in der Medizin“ war, was davon aus, daß als Krankheit nicht der krankhafte Zustand des Einzelorgans, sondern die aus dem Gesamtzustand einer Persönlichkeit resultierende abnorme Situation anzusehen sei. Der Gesamtzustand des Körpers ist die den fürerlichen Veränderungen gebührenden neurotischen Reaktionen, er schaffe diese auch ohne jene und lenke zu den sozialen Einwirkungen hin, die prägen und schaffen können. Die in den letzten Jahren ins Hintertreffen getretene individuelle Erziehungsbehandlung müsse künftig wieder stärker beachtet werden, da sie dem Einzelnen und der Gesellschaft nützlich sein könne. — Dr. P. behandelte die über „Konjunktur und Krankheit“ sprach, wies auf die Schwierigkeit hin, statistische Nachweise für die Beziehungen zwischen jenen beiden Erscheinungen bringen zu können. Nachdenklich mühen, was Krankheit betrifft, die rein biologisch nachweisbaren Veränderungen sein, während die willensmäßig bedingten Veränderungen als von außen her geschaffen werdenbar seien. Was dem bis jetzt als veränderbar anzusehenden Material könnte verändert werden, daß eine Konjunktur, wie die Konjunktur sei, in der Zahl der Krankheiten nicht in Uebereinstimmung zu stehen.

Die Sanjperreinerung der Badischen Kreditgenossenschaften in Baden wurde eingeleitet mit einer Begrüßung der Ehrenäste. Dem Bericht der Verbandssitzung gedenken der Verbandsdirektor Gieseler konnte nicht kommen werden, daß in Baden allein 95 Genossenschaften als autonome Volksbanken mit insgesamt 80 938 Mitgliedern gezählt werden. Am 31. Dezember 1930 zusammen 107,3 Millionen RM, in freier Verfügung waren 76,3 Millionen Sparanlagen, 28,3 Millionen Kontorrentanlagen, und als Reserven rund 2 Millionen RM angelegt.

Herkules am Scheidewege

Sorgen furchen jetzt des Kaisers Stirne, ein Dilemma schafft ihm bittere Qual, denn die Frage wühlt in seinem Hirn: Wird man artig — bleibt man illegal? Müht er seiner Neigung Stimme sprechen, bleibt er mild und schwört auf die Gewalt; nur mit Krach, glaubt er, und Schweißbroschen formt sich neu das Vaterlands Gestalt. Doch das Putzchen und das Bürgerkreuzlein heßt ihm auf den Hals die Polizei, diese kann den Nazi niederbügeln, denn ist's mit dem Zukunftstrium vorbei. Wird er sahm, dann geht der Nimbus flühen, der bis jetzt sein Helmschild umfradit, und die Sosis muß er ersticken, anstatt obhissig, wie er oft gebradit. Doch dann wird der Endfieg etwas länglich, und um's Wunderreich, das sie erstrebt, wird der Schar der rauben Kämpfer bänglich, denn wer garantiert, daß man's erlebt? Item, es ist eine Schicksalsfrage: Wird man artig — bleibt man illegal? Die Entscheidung wird zur Seelenplage, wie sie fallen mag, ist sie fatal. Ferdinand Madlinger.

Nationalsozialistische Kriegshege

Die württembergischen Nationalsozialisten hielten am Samstag den Sonntag in Stuttgart einen Gauvarietag ab. Nach dem von ihnen selbst gegebenen Pressebericht hat bei dieser Gelegenheit der Führer der Nationalsozialisten im deutschen Reich, Adolf Hitler, Grundzüge, an denen sich die auswärtige Politik der Partei orientiert, in folgenden Sätzen zusammengefaßt: Heute stehen sich in Europa vier Machtgruppen gegenüber: Der italienische Machtkreis, der französische mit seinen Trabantennationen, die Sowjetunion und die englische mit Belgien und den Niederlanden und Schweden. Die Nationalsozialisten halten es mit dem Grundtag: Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde. Frankreich war ist und wird immer bleiben unser Feind. Bewegungen muß mit den feindlichen Gegnern Frankreichs ein festes Bündnis vorbereitet werden, und das ist mit England und den USA.

Zielbewußter kann man nicht in den nächsten imperialistischen Weltkrieg hineintreiben, als durch die hier geforderte Bündnispolitik, und gewissenloser kann man nicht die Erhaltung des Friedens in Europa sabotieren, durch dessen Konfolidierung allein die wirtschaftliche Wiedererfarung Deutschlands erhofft werden kann.

Tagung südwestdeutscher Konsumvereine

Zusammenhänge von Wirtschaft u. Politik

Am Samstag, den 16. und Sonntag den 17. Mai waren in Freiburg i. Br. die Abgeordneten der südwestdeutschen Konsumvereine zum 21. Verbandstag versammelt, der trotz Wirtschaftskrisis und Lohnabbau und deren Folgeerscheinungen die ungebrochene wirtschaftliche Kraft der Konsumgenossenschaftsbewegung erwies. Sie steht inmitten des kapitalistischen Wirtschaftskrisis auf festem Fundament, getragen von der Ueberzeugungstrakt ihrer Mission und der genossenschaftlichen Treue der Mitglieder.

Am Samstag vormittag erfaßten zunächst in nichtöffentlicher Sitzung die Genossen P. Müller und Wilhelm Hebelberg Referate über „Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Verbandsgenossenschaften“ und „Die Berufslosigkeit der Verbände“. Die öffentlichen Verhandlungen am Samstag nachmittag eröffnete Verbandsdirektor Genosse E. Diekmann-Frankfurt a. M. mit herzlichem Begrüßungsworten, denen sich für die badischen Staatsbehörden Landrat K. Müller, Bürgermeister H. H. Freyberg überbrachte besonders freundliche Wünsche der Stadtverwaltung, die sechs Mitglieder der Freiburg Konsumgenossenschaft teil. Für den Generatverband Deutscher Konsumvereine überbrachte Genosse K. H. H. Hamburg Grüße und diese Wünsche für den Verlauf der Tagung, woran sich weitere Begrüßungsansprüche schloßen.

Die Entwicklung der Verbandsgenossenschaften und die Tätigkeit des Verbandstretariats

Behandelte dann Genosse P. Müller, Freiburg, der die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise durch die politische Krise hervorhob und feststellte, daß der Zusammenbruch von Genossenschaften zu größeren Leistungsfähigkeit, deren Schicksal immer weitere Fortschritte mache. In den Konsumgenossenschaften sei Raum für alle Kreise ohne Rücksicht auf politische und religiöse Einwirkungen. Den Widerspruch der deutschen Sozialpolitik beweise die Tatsache, daß in der Schweiz viele Lebensmittel billiger verkauft werden, als sie bei uns eingekauft werden können. Wichtig sei die Höhe der Mindererträge sei die Preisbeeinflussung. Die Eigenproduktion der Genossenschaftsbewegung habe weiter zugenommen, im Verbandsbereich wurden von der GGG im Berichtsjahr für 38 Millionen Mark Waren bezogen. Die Umwandlung der Privatwirtschaft in eine Gemeinwirtschaft sei nur möglich über die zentrale Eigenproduktion. Wichtig sei, allen Mitgliedern das Konsumgenossenschaftliche Selbstbewußtsein zu machen. An den bisherigen Preisermäßigungen sei die Regierung unschuldig, sie habe vielmehr die Wertung der Preisermäßigungen auf dem Weltmarkt durch Zulieferungen von Deutschland ferngehalten. Die Konsumgenossenschaften seien der Auffassung, daß die niederen Weltmarktpreise den deutschen Verbrauchern zugute kommen müssen. In einem groß angelegten Referat sprach Genosse K. H. H. Hamburg, Geschäftsführender Vorstandsmittglied des Generatverbandes Deutscher Konsumvereine über

Wirtschaftskrisis und Konsumgenossenschaften

Die von den Konsumgenossenschaften erstrebte Planwirtschaft sollte frei sein von unangelegten und nicht der kapitalistischen Wirtschaftskrisis. Solange die ererbte Wirtschaftskrisis nicht vorüber ist, müsse sich die Verbraucherkraft als Teil der Wertschöpfung und Wirtschaft im Rahmen des Bestehenden einrichten und bewegen. In manchen Teilen des Reiches sind die Ergebnisse des Konsumgenossenschaftlichen Wirkens nicht so günstig als in den vorausgesetzten Jahren ausfallen. Der Währungsdruck des Umfanges ohne die gleichzeitige und ausreichende Senkung der Kosten läßt die weniger günstigen Wirtschaftsergebnisse verständlich erscheinen. Wirtschaftsergebnisse sind niemals Wägen des Schicksals, sondern stets Früchte wirtschaftlicher Leistungen. Die Wirtschaftskrisis verwirre den Menschen die Seelen und die Köpfe. Die Konsumgenossenschaften könnten die schwere Arbeit der Gegenwart und Zukunft nur bewältigen, wenn sie jede Selbsttäuschung vermeiden. Das wichtigste Gesetz sei heute für sie, nicht die Genertung des Umfanges, sondern die Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der Wirtschaft. Auch wenn die Konsumgenossenschaften über allgemeine Kräfte verfügen, so ist es in dem jetzigen Wirtschaftskrisis den Umständen nicht. Der Erfolg des wirtschaftlichen Wirkens hängt von dem Misserfolg. Für die künftige Arbeit der deutschen Konsumgenossenschaften sei der Grundtag der freien Konsumgenossenschaft mehr noch als bisher beweisbar und sie werden der Welt zeigen, daß ihre Wirtschaftsführung auch den schwierigsten Aufgaben gewachsen ist. Die Konsumgenossenschaften wollen weiter

beuerbsfähig bleiben, und deshalb müsse ihre Preisbewegung auf einer gesunden Kostengrundlage erfolgen. Die Kostensenkung sei daher gegenwärtig das Problem der Konsumgenossenschaften. Die gewaltige Einschränkung des Sparvermögens ist ein bedeutendes Zeichen der fortschreitenden Verzerrung weiterer Volkstreue. Das Wirken der deutschen Konsumvereine wird nach wie vor darauf gerichtet sein, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder durch eine möglichst glänzende Einkaufskraft und Gestaltung der Lebenshaltung zu verbessern. Sie werden dafür sorgen, daß das ihnen anvertraute Gut der Konsumgenossenschaftsbewegung möglichst ungeschmälert hindübergeteilt wird in eine bessere Zukunft. (Wohlfahrt Referat).

Damit wurden die Verhandlungen des ersten Tages geschlossen. Am Sonntag morgen eröffneten die Ehre und Ehrentöchter des Verbandes Konsumvereine „Freundschaft“ die Tagung mit einem wirkungsvollen Chorvortrag.

Die Durchbringung der Wirtschaft mit politischen Gestaltungssträften

Es sei die Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung, daß der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik unzerstörbar ist. Das Bewußtsein der Wirklichkeit der Politik erhebe sich von der Welt, die sich Kapitalismus und Sozialismus die Hände schütteln. Auch die politische Revolution beginne sich herauszuheben zu bilden. Die Arbeiterklasse habe die Aufgabe, an der politischen auch die wirtschaftliche Macht zu erlangen. Uneinigkeit, Unbereitschaft und der Einbruch der Siegermacht habe die Arbeiterklasse gehindert, dieses Ziel zu erreichen. Deshalb könne die Politik nicht hundertprozentig, wie die Wirtschaft durch den Kapitalismus, von der Arbeiterklasse beherrscht werden. Selbst Hitler müsse sich als verwachsenen Entsetzungs Karl Marx bezeichnen. Wir kommen von der Idee des Nationalstaates zu der des Sozialstaates, der Staat habe nur Zweck als Helfer in den sozialen Machtkämpfen. Der Monopolkapitalismus, der gegen den Kunden kämpft, habe nicht mehr die Sanierungsmöglichkeiten, wie der Konkurrenzkapitalismus, der um den Kunden kämpft. Deshalb stehen wir einer völlig veränderten Situation gegenüber. Die Agrarpolitik des Herrn Schiele sei eine Verwechslung von Agrarpolitik und ökonomischer Interessenpolitik, deren Fortsetzung zu den 5 Millionen Arbeitslosen noch 5 Millionen drohtlose Bauern erzeugen werde. Wo ständen bei freiem Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ohne Arbeitslosenversicherung heute die Löhne? Die Wahlscheitler sei der einzige Punkt außerhalb der kapitalistischen Welt, von dem aus sie aus den Armen gehoben werden könne. Der Sozialismus ist — und deshalb geht es sozial Nationalsozialisten — daß das bürgerliche Bürgertum zu weichen beginne. Immer mehr fallen dem kapitalistischen Ökonomie die Arbeiter, die Lehrlinge, selbst die Kontraktanten ab, und es bleibt nur die Arbeiterkassenfunktion. Der Sozialkapitalismus könne aus dem Schaulenker der Geschichte herausgenommen werden, ohne daß es Schaden gibt. Mit dem Untergang des internationalen Staates des Mittelalters entwickelte sich die Weltwirtschaft und es sei heute Zeit, sich wirtschaftlich national anzupassen zu wollen. Der Zusammenbruch der europäischen Nationalstaaten habe zur Bildung internationaler Organisationen geführt und wir erkennen, daß auch die Wirtschaft solche internationale Organisationen sucht, den Bewegungsgesetzen folgend, die die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft verhindern. Die Nationalsozialisten wollen in Asien, in Ostasien, in Ostafrika und in Südamerika mit fünf Kontinenten Wirtschaft treiben, das sei schlimmer als, Gerade in der fürerlichsten Not werde das Gefühl der Zukunft geschaffen von der Regierlich vorrückenden Arbeiterklasse. (Wohlfahrt Referat).

Nach dem ausgezeichneten, mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Referat des Genossen Müller, wurde der Verbandstag in seinen Kern gezogen. Am Sonntag, den 17. Mai, wurde der Tagesordnung, die Wahl der an den Verbandstretariats vorgewählten. Einmütig wiedergewählt es sozial Nationalsozialisten — daß das bürgerliche Bürgertum zu weichen beginne. Immer mehr fallen dem kapitalistischen Ökonomie die Arbeiter, die Lehrlinge, selbst die Kontraktanten ab, und es bleibt nur die Arbeiterkassenfunktion. Der Sozialkapitalismus könne aus dem Schaulenker der Geschichte herausgenommen werden, ohne daß es Schaden gibt. Mit dem Untergang des internationalen Staates des Mittelalters entwickelte sich die Weltwirtschaft und es sei heute Zeit, sich wirtschaftlich national anzupassen zu wollen. Der Zusammenbruch der europäischen Nationalstaaten habe zur Bildung internationaler Organisationen geführt und wir erkennen, daß auch die Wirtschaft solche internationale Organisationen sucht, den Bewegungsgesetzen folgend, die die Enteuropäisierung der Weltwirtschaft verhindern. Die Nationalsozialisten wollen in Asien, in Ostasien, in Ostafrika und in Südamerika mit fünf Kontinenten Wirtschaft treiben, das sei schlimmer als, Gerade in der fürerlichsten Not werde das Gefühl der Zukunft geschaffen von der Regierlich vorrückenden Arbeiterklasse. (Wohlfahrt Referat).

Der verräterische Dolch

Geschichte einer seltsamen Mordaufklärung

Mühlhausen (Etsch), Mitte Mai, (E. A.) Der Zufall ist der beste Detektiv. Er bringt Verbrechen an den Tag, an denen auch die klügste menschliche Organisation oft verzweifeln muß. Kragenknöpfe entlarven Mörder, und das Versehen eines Briefträgers tut manchmal mehr für die Ermittlung der Wahrheit, als die Arbeit von tausend finstigen Kriminalisten. Jeder Polizeifachmann weiß das und legt zu fünfzig Prozent darauf seine Hoffnung.

Mit Lunas und die sieben Kinder

Im Etsch haben sich nach dem Kriege zahlreiche Araber, richtiger gesagt: Algerier, angesiedelt. Teilweise als Arbeiter, teilweise aber auch als Händler. Als Teppichhändler besonders, wie man sie häufig auf allen Boulevards von Paris zu sehen bekommt. Materielle Gestalten, das Bes auf dem Kopf, die buntfarbenen Teppiche über der Schulter, so sehen sie von Kaffeehaus zu Kaffeehaus und bieten den Gästen ihre Ware an, lassen mit sich handeln und sind auch nicht böse, wenn man ihnen nur die Hälfte des verlangten Preises zahlt. Im Parallelogramm Merkurs einigt man sich schließlich, aber die Händler kommen noch immer auf ihre Kosten. Ein solcher Mann war Ali Lunas, der in Mühlhausen sein Gewerbe trieb. Es muß einträglich gewesen sein, denn der Händler lebte nicht schlecht, ernährte Frau und sieben Kinder, oft trug er größere Summen bei sich.

Das Ende des Algeriers

Eines abends gegen 9 Uhr überquerten einige Passanten eine dunkle Gasse am Heberplatz in Mühlhausen, stolperten über einen Gegenstand am Boden und machten zu ihrem Entsetzen die Entdeckung, daß ein Toter zu ihren Füßen lag. Die Polizei wurde alarmiert und ermittelt, daß der Mann — es war der Algerier Lunas — ermordet worden war. Der Tod war durch einen Stich mit einem Dolch einetreten, der die Herzschlagader durchschnitten hatte. Die Waffe fand man am Boden. Es war ein langer schmaler Dolch, wie ihn nur die Eingeborenen tragen. Der Verdacht lenkte sich sofort auf einen Landsmann des Ermordeten. Er wurde verhaftet. Auch der eigene Sohn wurde verdächtig befunden und festgenommen.

men. Die Züge nach Strassburg und Paris wurden beobachtet, alle reisenden Algerier in dieser Nacht angehalten und nach ihrem Aufenthaltsort befragt.

Das Gedächtnis des Eisenbahners

Über die Polizei war auf der falschen Spur. Die Mühlhäuser Mordgenötter veröffentlichten eine Photographie des Dolches, mit dem der Mord verübt worden war. Diese Notiz las auch ein Eisenbahner. Ihm fiel ein, daß er vor einiger Zeit eine ähnliche Waffe bei einem Althändler der Stadt gesehen hatte. Der Eisenbahner teilte seine Vermutung telefonisch der Kriminalpolizei mit. Kurze Zeit darauf betrat ein Beamter den Laden des Althändlers, der Mann war sehr erschrocken und erinnerte sich auch bald an das, was man von ihm wissen wollte. Ja, einen Dolch in der erwähnten Art hatte er vor einiger Zeit verkauft an einen Gläser namens Woehrlen, dessen Adresse ihm jedoch unbekannt sei. Woehrlen war der Polizei nur zu bekannt. Mehrfach vorbestraft, Trinker, führte er ein Leben ohne Regelmäßigkeit, arbeitete nicht aber einen Mord hätte man ihm niemals angetraut. Schon gegen Abend wurde Woehrlen in einer Wirtschaft verhaftet. Er leistete der Aufforderung, mitzukommen, folgte, risk aber in einem Augenblick, als die Kriminalbeamten nicht darauf achteten, ein Kaffermesser aus der Tasche und durchschnitt sich damit blühnchell die Kehle. Eine Stunde später war der Verhaftete tot, nachdem er vorher ein Geständnis abgelegt hatte. Er hatte den Algerier in einer Wirtschaft kennen gelernt, gesehen, daß er viel Geld bei sich trug, und ihn dann auf dem Heberplatz heimtücklich erstochen. Das Ableben des Mörders ersparte weitere Komplikationen, die unschuldig Verhafteten wurden wieder entlassen.

Borscht bei Indiszien!

Was wäre aber eingetreten, wenn der Eisenbahner nicht zufällig an diesem Morgen das Bild der Mordwaffe in der Zeitung gesehen hätte? Viele Indiszien wiesen darauf hin, daß ein Algerier der Täter war. Auf dem Sohn des Ermordeten ruhte der stärkste Verdacht, weil er einen Streit mit seinem Vater gehabt hatte. Aber das Leben ist gelegentlich auch einmal anders, als es die Leitfäden der Kriminalisten schillern. Gut, daß der Zufall vielfach ein Einsehen hat und rechtzeitig als kriminalistische Nothilfe einpringt.

Verbot des Films „Das keimende Leben“

Die Filmoberprüfungsstelle hat unter dem Vorst ihres Leiters, Ministerialrat Dr. Seeger, den von der Ewald-Film-WG. hergehellten populär-medizinischen Film „Das keimende Leben“ als öffentliche Vorführung verboten und in geschlossene Veranstaltungen verwiesen mit der Begründung, daß die in dem Film angezeigten Vorgänge nicht in ein Kino gehören, weil sie geeignet seien, dessen Besucher abzustößen.

Sonnengebräunte Haut
NIVEA - CREME
oder aber
NIVEA - ÖL

Volkswirtschaft

Die Bilanz des Anstromeintrags (Deutsche Anstromeinträge) in Deutschland ist ein wenig in die Labirynthe moderner Industrieentwicklung eingetreten, der sich letzterzeit einem Preisabfall in Deutschland ganz gewichtig überlegen, vertrieben seine Dividende von 15 auf 5 Prozent. Im gesamten Konzern ist der Umsatz auch um etwa 15 Prozent, in Deutschland sogar um 18 Prozent zurückgegangen. Trotzdem liegen die Gewinne noch über Vorjahresniveau. Warum? Weil der Umsatz mit der Produktion in ganz Europa aufgestaut hat, den Markt bederricht die Preise differieren kann. Es wurde fernerhin der Grundlohn vertieft, geringerer Umsatz aber größerer Nutzen. Der Anstromeintrag wird, nach dem Umsatz, mit 12,45 Millionen Mark gegenüber 12,86 Millionen im Vorjahr ausgewiesen. Er muß größer gewesen sein, weil von der Produktion vorgenommen worden sind. Zu den Vorkostenabrechnungen und den regulären Abschreibungen kommt eine Sonderabrechnung von über 5 1/2 Millionen Mark. Da steht der Wert der Abschreibung, um seine Wertigkeit durchzuführen, mußte der Umsatz ansteigen, so in Frankreich, Holland usw. Diese Werte waren nicht klein. Man hat die Werte überbezahlt (Expansionsverluste) und muß sie abschreiben. Zu diesem Zweck werden von den Sonderabrechnungen nicht weniger als 5,25 Millionen denut. Trotzdem ergibt sich immer noch ein Reingewinn von 3,26 Millionen gegenüber 3,62 Millionen im Vorjahr. Berücksichtigt man die Abschreibungspolitik, dann ist noch eine Steigerung des Reingewinnes vor. Schließlich einer solchen Politik muß man sich fragen, ob die Regierung denn wirklich keine Maßnahmen hat, um die Anpassung der Produktionskräfte an die wachsende Wirtschaftslage und an den Stand der Konjunktur zu erwirken?

Die deutsche Außenhandelsbilanz für den Monat April ist mit 126 Millionen RM, aktiv. Der Ausfuhrüberschuss beträgt einschließlich der Exportationsleistungen 164 Millionen RM.

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratie und Agrarpolitik

1. Tagung des Reichsausschusses der Agrarpolitischen Zentrale beim Parteivorstand

Nachdem Organisation und Aufbau der Agrarpolitischen Zentrale beendet waren, berief der Parteivorstand den Reichsausschuss der Agrarpolitischen Zentrale für die Zeit vom 3. bis 9. Mai zu einer Tagung nach Bollerndorf in der Mark, die als einmündlicher Kurstag stattfand. Der Parteivorstand war der Auffassung, daß für das erste Zusammentreffen der Mitglieder des Reichsausschusses der Agrarpolitischen Zentrale in Form des Kurstages gewählt werden müsse, weil dadurch dem Reichsausschuss am besten Gelegenheit gegeben werden konnte, in alle wichtigen Fragen der Agrarpolitik einzudringen und seine Meinung dazu zu äußern. Zum anderen sollte der Parteivorstand, durch das einmündliche Beisammensein des Band zwischen den Mitgliedern des Reichsausschusses untereinander und zu der Agrarpolitischen Zentrale fester knüpfen und das gegenseitige Verhältnis von vornherein freundschaftlicher gestalten können.

Dem Reichsausschuss gehört es ein Vertreter der Außenbezirke der Partei an, so daß er im ganzen 32 Mitglieder umfaßt. Von diesen waren 27 zum Kurstag erschienen, unter ihnen 13 Landwirte und 1 Weinbergbesitzer. Die anwesenden Landwirte bewirtschafteten zusammen 856 Morgen Land. Der Weinbergbesitzer, der gleichzeitig Weinbergarbeiter ist, verfügt über 4 Morgen Weinberg; der kleinste gärtnerische Intensivbetrieb umfaßt 8 Morgen, der kleinste landwirtschaftliche Betrieb 13 Morgen, der größte 325 Morgen Land. Es waren jedoch in der Saupflichte Klein- und Mittelbauern als Vertreter der Landwirtschaft bei der 1. Tagung des Reichsausschusses anwesend, während sich die übrigen Mitglieder aus Angehörigen des Deutschen Landarbeitersverbandes, aus Parteifunktionären und einigen Genossen zusammensetzten, die in amtlichen Stellen ständige Fühlung mit der Landwirtschaft haben. Schon diese Zusammensetzung des Reichsausschusses der Agrarpolitischen Zentrale beweist, daß die Sozialdemokratie weder landwirtschafts- noch bauernfeindlich ist.

Der Reichsausschuss soll, wie Gen. Vogel vom Parteivorstand in seiner Begrüßungsansprache ausführte, der Agrarpolitischen Zentrale und dadurch dem Parteivorstand die Fühlung mit der landwirtschaftlichen Praxis geben, damit aus dieser Fühlungnahme Anregungen für die Behebung der Landnotlage und für ein einheitliches Vorgehen in allen wichtigen Fragen der Agrarpolitik geleistet werden können. Außerdem soll der Reichsausschuss diejenige Stelle sein, der der Parteivorstand agrarpolitische Fragen von besonderer Bedeutung zur Klärung unterbreiten wird, um daran immer wieder die Agrarpolitik der Partei neu orientieren zu können.

Die auf dem Kurstag behandelten Gegenstände lassen erkennen, daß auch bei der ersten Tagung der Reichsausschuss Gelegenheit erhielt, zu der aktuellen Agrarreform Stellung zu nehmen. Es behandelte:

- Gen. Wassnik vom Deutschen Landarbeitersverband: „Land- und Forstarbeiterfragen“.
- Gen. Reichsstaatsrat Tempel: „Landtagung unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Bevölkerung“.
- Gen. Oberpräsident Lüdemann: „Agrarpolitik in Gemeinden und Kreisen“.
- Gen. Direktor Pössel von der Preuss. Zentralgenossenschafts-Kasse: „Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen unter besonderer Berücksichtigung des direkten Verkehrs von Erzeuger und Verbrauchergenossenschaften“.
- Gen. Dr. Wilbrandt: „Die Agrarfrage und die Mittel zu ihrer Behebung“.
- Gen. Staatssekretär Krüger: „Einführung in die landwirtschaftliche Verwaltung“.
- Gen. Dr. Lipschitz: „Die Steuern in der Landwirtschaft“.

Die Debatte zu den einzelnen Punkten gestaltete sich außerordentlich lebhaft und anregend und bewies, daß die Mitglieder des Reichsausschusses sich mit den wichtigsten Fragen der Agrarpolitik bereits eingehend befaßt haben. Als besonderes Ergebnis der Aussprache konnte festgestellt werden, daß einmütige Abneigung gegen die großagrarische Sozialpolitik von Schiele besteht, in der auch die parteienfremden Landwirte kein Mittel zur Behebung der Agrarfrage sehen.

Zur Erweiterung der Kenntnisse der Mitglieder des Reichsausschusses wurden drei Güter der Stadt Berlin unter sachkundiger Führung von Generaldirektor Ruchs und Vermessungsrat Breiter sowie die Versuchsanstalt Möncheberg des Kaiser-Wilhelm-Instituts unter Führung von Prof. Dr. Baur besichtigt.

Aus den Reihen des Reichsausschusses wurde der Wunsch laut, ihn in Zukunft bei allen wichtigen agrarpolitischen Entscheidungen zu hören und auch den stellvertretenden Mitgliedern des Reichsausschusses alsbald durch einen ähnlichen Kurstag die Möglichkeit zur Erweiterung und Verbreitung ihrer Kenntnisse und zur Ver-

reichung der Erfahrungen der Agrarpolitischen Zentrale durch Fühlungnahme mit ihnen zu geben.

Die Ausstellung anlässlich des Parteitagess in Weimar. Das Internationale Politische Antiquariat, bekanntlich ein Zweigunternehmen des Hamburger Fortschrittvereins, veranstaltet anlässlich des Parteitagess ab Samstag, 30. Mai, im Volkshaus in Leipzig im Villardsaal eine kulturgeschichtliche Ausstellung von Büchern, Broschüren, Bildern, Dokumenten und Flugblättern aus der Arbeiterbewegung und zur Geschichte des Sozialismus. Genossen und Genossinnen, die zum Parteitag nach Leipzig kommen, empfehlen wir, diese einzigartige Schau zu besichtigen.

Eine neue Marx-Biographie! Sie beschreibt mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit Leben und Werk von Karl Marx unter Berücksichtigung des neuesten Standes der Marx-Forschung. Die Arbeit unterscheidet sich von den umfangreicheren Marx-Biographien von Mehring und Borland vor allem durch die ausführliche Würdigung des jungen Marx und stützt sich hierbei auf die Bearbeitung des zum Teil noch nicht veröffentlichten Nachlasses. (Preis der vorläufig ausgetasteten Schrift 1 M.)

Arbeiter-Internationale der Bodenseeregionen
Aufruf zur Massenzusammenkunft
in St. Gallen
 am 14. Juni 1931
 Arbeiter und Genossen!

Wiederum rufen wir euch auf zur massenhaften Demonstration des Proletariats des Bodenseeregions. Trotz Not und Krise, trotz Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang ist in uns der Kampfeswille nicht erloschen. Erst recht erheben wir der Macht des Kapitals gegenüber das Haupt und fordern Brot und Arbeit, Bildung und Menschenwürde für alle, die guten Willens sind, in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft zu dienen und zu leben. Gegen Krieg und fals-



ches Soldatum — für Freiheit und Völkerverbrüderung laßt uns demonstrieren. Heraus aus den Hütten und Fabriken! Heute mehr als je gilt es zusammenzuhalten, denn nur in der Geschlossenheit erringen wir unser Recht.

Genossen!

Die Zeiten sind ernst und verlangen ein starkes Geschlecht. Unter schwierigsten Verhältnissen haben unsere alten Kämpfer weitergedauert und den Grundstein zum heutigen Kampf des Sozialismus gelegt. An uns ist es, weiterzubauen und mit der nützlichsten Begeisterung für die Arbeiterbewegung einzutreten.

Darum auf nach St. Gallen, der weitherumt, alten Kulturstätte mit seiner wunderbaren landschaftlichen Lage. Frischer Mut und neue Tatkraft soll auch von der diesjährigen Tagung ausgehen!

Die St. Galler Genossen setzen alles daran, die Ausdehnung zu einem einflussreichen Gelände für den Sozialismus werden zu lassen. Hervorragende Redner haben uns wiederum ihre Mitwirkung versagt: Staatsminister Kemmler (Karlsruhe); Dr. Ellenbogen, Nationalrat (Wien); Nationalrat E. Nobs (Zürich); Kantonsrat Gasparini (Luano); Dr. Heinz (Wien).

Arbeiter-Genossen!

Laßt uns in Massen zusammenfinden. Je größer die Zahl, um so größer der Eindruck. Einmal mehr wollen wir zeigen, uns um das rote Banner zu scharen und den Kampf zu führen für eine Weltordnung, in der Freiheit und Gerechtigkeit der oberste Leitstern ist.

Hoch der Sozialismus!

Es lebe die Arbeiter-Internationale der Bodenseeregionen! Bregenz, im Mai 1931. — St. Gallen, im Mai 1931.

Der Vorstand der Bodensee-Internationale.
 Der Aktions-Ausschuss.

Aus der Stadt Durlach

Öffentliche Friedenterversammlung. Wir verweisen noch einmal auf die von der Ortsgruppe Durlach des Deutschen Friedenterversandes veranstaltete öffentliche Versammlung, heute abend, 8 Uhr, im städtischen Vortragssaal (Kesselschule, Hauptstraße), in der Gen. Scherz (Stuttgart) über „Religiöse oder natürliche Weltanschauung“ sprechen wird. Eintritt frei!

Grüdingen. Proletarisches Kabarett „Der rote Faden“. Umstände halber findet die Veranstaltung am 31. Mai in der Bahnhofs-Halle statt.

Grüdingen. Proletarisches Kabarett „Der rote Faden“. Partei, Genossenschafts- und Sportgenossen! Der Vorverkauf für das Proletarisches Kabarett hat bereits begonnen. Karten sind bei allen Sportvereinsvorsitzenden sowie bei dem Parteivorstand zu haben. Der allgemeinen Notlage entsprechend wurde der Eintrittspreis auf 30 Pf. festgelegt.

Gewerkschaftliches

Der Einheitsverband in siegreicher Abwehr

Die genauen Zahlen über das Ergebnis der Betriebsräteahlen bei der Reichsbahn in Bayern, die nunmehr vorliegen, bestätigen, daß der Einheitsverband in allen fünf Bezirken den Angriff der Gegner siegreich abgewehrt und seine beherrschende Stellung behauptet hat. Infolge des Personalabbaus waren diesmal fast 52 nur 46 Betriebsräte zu wählen. Davon erhielten der Einheitsverband 28 Mandate, die Christen 17, die Kommunisten ein Mandat. Im einzelnen lauten die Ergebnisse: Bezirk München Einheitsverband 8, Christen 4, NSD 1, Augsburg: Einheitsverband 4, Christen 3, für den Bezirk Regensburg lauten die entscheidenden Stimmzettel 4 und 4, Nürnberg 7 und 4, Pfalz 5 und 2. Die Nazis sind völlig durchgefallen.

Kongress der Privatangestellten

In Amsterdam tagt zur Zeit der 4. Internationale Privatangestelltenkongress. Die Privatangestellten-Internationale umfaßt, wie ihr Vorsitzender Urban-Berlin auf dem Kongress mitteilte, heute 47 Verbände in 20 Ländern mit insgesamt 900 000 Mitgliedern. — Der Generalsekretär des IAP, Schevenels unterstrich in seinem Begrüßungsbericht die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Hand- und Kopfarbeitern zur Bekämpfung der fortschreitenden Gefahr, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser-Berlin, der als Vertreter der technischen Angestellten dem Kongress beizuwohnt, setzte sich nachdrücklich für die Anbahnung internationaler Aktionen der Arbeiter und Angestellten ein. Der Tätigkeitsbericht des internationalen Sekretärs der Privatangestellten Smit wurde einstimmig angenommen. Smit betonte, daß die Internationale, wie aus dem Anschließ der englischen Zeichner in der Schiffbau- und Maschinenindustrie und aus den mit Spanien und verschiedenen außereuropäischen Ländern geführten Verhandlungen hervorgeht, auf dem besten Wege sei, eine weltumspannende Organisation der Arbeiter sowie der Handels- und Dienstleistungswirtschaft zu werden. In Europa sei vor allem in Polen und Rumänien neues Feld für die Internationalisierung gewonnen worden. Die Privatangestellten-Internationale habe enge Fühlung mit Genf. Dem Verwaltungsrat des IAP, gehören vier Vertreter der Angestellten-Internationale an. Ihr sei es zu verdanken, daß auf der Genfer Arbeitskonferenz des vergangenen Jahres ein internationales Abkommen über die Arbeitszeit im Handel und in den Büros angenommen wurde. — Mit großer Begeisterung wurde vom Kongress der spanische Delegierte Ramon Rafols Cami begrüßt.

Der Allgemeine Niederländische Angestelltenverband beschloß die Schaffung einer Pensionskasse für alte und arbeitsunfähige Angestellte. Für die Pensionskasse sind bereits rund 8500 Gulden aufgebracht.

Die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hält in der Zeit vom 19. bis 21. Mai in Paris ihre 6. Konferenz ab. Von den 19 Organisationen mit 75 000 Mitgliedern, die zur Zeit der Internationalen Union angeschlossen sind, werden nach den bisherigen Anmeldungen 12 Organisationen mit rund 72 000 Mitgliedern in 10 Ländern durch 28 Delegierte vertreten sein, woraus schon ersichtlich ist, daß nur die kleineren Organisationen von einer Befehdung der Konferenz Abstand nehmen müßten. Ferner haben je einen Vertreter angemeldet: der Internationale Gewerkschaftsbund und das Internationale Arbeitsamt. Die Konferenz wird sich besonders eingehend mit der Zulassung und Kontrolle ausländischer Arbeitskräfte befassen, wobei sich diese Delegierten sicher freundschaftlich verständigen werden, obgleich man ja in gewissen Kreisen recht gern viele ausländische Gäste, aber nur die keine ausländischen Kellner und Köche haben möchte. Ferner wird die Frage der gemerkschaftlichen Stellenvermittlung für das Gastwirts-gewerbe auf der Konferenz behandelt werden. Hierzu liegt ein überaus reichhaltiges Material vor. Die Delegierten dürften sich darin einig sein, daß grundsätzlich das gesetzliche Verbot der gemerkschaftlichen Stellenvermittlung zu fordern ist. Die deutschen Delegierten werden in der angenehmen Lage sein, berichten zu können, daß dieses Verbot in Deutschland ab 1. Juli besteht.

Reinbarung zwischen den Metallarbeiterverbänden und der nordwestlichen Gruppe. In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie und den Metallarbeiterverbänden wurde in der unter dem Vorsitz des Schlichters geführte Verhandlung folgende Vereinbarung zwischen den Parteien getroffen: 1. Der bestehende Tarifvertrag vom 26. Mai 1930 wird bis zum 31. Mai 1932 zwischen den Parteien unverändert verlängert. 2. Der Schlichter für Westfalen wird die Parteien im Laufe des Juli zu Verhandlungen über den Lohnvertrag einladen.

Die Rahmenverhandlungen für die Gruppe Nordwest der deutschen Eisen- und Stahlindustrie die am Freitag in Essen begannen, wurden am Montag, 18. Mai, vertagt. — Der Zeichenverband hat am Freitag die Wohnordnung für den Arbeiterbau zum 30. Juni 1931 gefällig. Als Grund wird die schlechte wirtschaftliche Lage der Zeichen angegeben.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich vor kurzem mit einem Preisanschreiben an die berufliche Hochschulleitung gewandt, um für eine Anregung zur Beschäftigung mit Fragen zu geben, die in dem Dozentenkreis und Interessengebiet der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegen. Wir wollen auf dieses Preisanschreiben noch einmal aufmerksam machen. Es stellt zwei Aufgaben. Die eine lautet: der Meinungsstreit um die Wirtschafts-demokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress und die andere: Wirkung des modernen Arbeitsrechts auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung. Für jede der beiden Aufgaben stehen drei Preise in Höhe von 1000, 600 und 400 Mark zur Verfügung, wobei es den Preisrichtern freisteht, die Preise nach dem Wert der eingereichten Arbeiten anders zu bemessen. Preisrichter sind für die erste Aufgabe Prof. Harms-Riel, Prof. Kuste-Köln und Leipziger, der Vorsitzende des ADGB; er ist neben Prof. Derich-Berlin und Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium auch Preisrichter für die zweite Frage.

Die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hält in der Zeit vom 19. bis 21. Mai in Paris ihre 6. Konferenz ab. Von den 19 Organisationen mit 75 000 Mitgliedern, die zur Zeit der Internationalen Union angeschlossen sind, werden nach den bisherigen Anmeldungen 12 Organisationen mit rund 72 000 Mitgliedern in 10 Ländern durch 28 Delegierte vertreten sein, woraus schon ersichtlich ist, daß nur die kleineren Organisationen von einer Befehdung der Konferenz Abstand nehmen müßten. Ferner haben je einen Vertreter angemeldet: der Internationale Gewerkschaftsbund und das Internationale Arbeitsamt. Die Konferenz wird sich besonders eingehend mit der Zulassung und Kontrolle ausländischer Arbeitskräfte befassen, wobei sich diese Delegierten sicher freundschaftlich verständigen werden, obgleich man ja in gewissen Kreisen recht gern viele ausländische Gäste, aber nur die keine ausländischen Kellner und Köche haben möchte. Ferner wird die Frage der gemerkschaftlichen Stellenvermittlung für das Gastwirts-gewerbe auf der Konferenz behandelt werden. Hierzu liegt ein überaus reichhaltiges Material vor. Die Delegierten dürften sich darin einig sein, daß grundsätzlich das gesetzliche Verbot der gemerkschaftlichen Stellenvermittlung zu fordern ist. Die deutschen Delegierten werden in der angenehmen Lage sein, berichten zu können, daß dieses Verbot in Deutschland ab 1. Juli besteht.

Chefredakteur: Georg Schöpplin Verantwortlich: Volpert, Preussisch-Badener, Volkswirtschaft, aus aller Welt, reger Nachrichten, E. Grünbaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleinbahnlige Chronik, aus Mittelbaden, Durlach, Gesamtredaktion, Neu-Ulm. Die Zeit der Frau: Hermann Winter, Groß-Parität, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialwissenschaft, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Stiele, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Reiser, Edmünde wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft, Volksfreund GmbH, Karlsruhe.

„Millionen Regenkommen gesucht“

Ja, wenn wir nicht die gute alte Dento-Blech-Soda hätten, wären wir tatsächlich wie zu Großmutter's Zeiten auf ein Regenfass angewiesen. Aber das sind heute überholte Dinge. Ist das Wasser auch noch so hart, durch einen Zusatz einiger Handvoll Dento vor Verletzung der Wassolange wird es im Handumdrehen weich und regenlos. Und wie in diesem gesammelten Wasser das Regenwasser schäumt — eine Wacht!

Lufth BURGER Dümmen
 Drei 3 Pfenningblöckchen
 10, 12 und 15 Pfennig
 auch in 5-Stück-Packung erhältlich
 Durch Spezialisierung höchste Qualität • Jahresproduktion 80 Millionen Stück

Aus aller Welt

Die gefährlichen roten Krawatten

New York, 18. Mai. (Eig. Draht.) In der gefährlichen Krawatten-Verkaufsstelle des Bundesstaates Alabama wurde eine Vorlage eingereicht, die im Bereich des Staates das Tragen von roten Krawatten im Lagersaal verbietet. In der Begründung heißt es, daß „rote Krawatten“ die Farbe des Unflurses in aufdringlicher Weise zur Schau stellen und daher in keiner Gemeinschaft gestitteter Menschen geduldet werden sollten.

Berliner Ringverein überfällt Autobus

Bernau, 18. Mai. Am Sonntag trafen in Ranke bei Bernau auf einem Lastauto 30 Mitglieder des Berliner Ringvereins „Mischtern“ ein, die sich in dem kleinen Ort wußt aufhielten. Kurz vor 10 Uhr verließen sie den Ort und hielten verdeckt ein Auto an, die zunächst ihre Fahrt ungehindert fortsetzen konnten. Ein Postauto wurde von den Burischen jedoch mit Steinen bombardiert. Der Chauffeur des Postomnibusses gab Vollgas und entkam den Burischen. Er benachrichtigte die Landjäger, die sofort mit Streifenwagen die Suche nach den Tätern aufnahm. Inzwischen war ein vollbesetztes Ausflugsauto der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zwischen Labenburg und Ranke von den Burischen, die quer über die Landstraße eine Kette gespannt hatten, angehalten worden. Im nächsten Augenblick eröffneten die Banditen ein Steinbombardement auf den Autobus, durch das die meisten Scheiben zertrümmert und mehrere Fahrgäste verletzt wurden. Der Chauffeur Len Kies vom Wagen und stellte die Burischen zur Rede. Daraufhin hielten sie über ihn her, warfen ihn zu Boden und traten mit Füßen auf ihm herum, so daß er blutüberströmt liegen blieb. Len hat sehr schwere Rippenverletzungen, Rippenbrüche, eine Zertrümmerung des Halsbeins, eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen davongetragen und mußte ins Bernauer Krankenhaus geschafft werden. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Inzwischen kamen die von dem Führer des Postautobusses alarmierten Landjäger heran. Jetzt ergriffen die Banditen die Flucht. Es wurde bald festgestellt, daß sie nach Ranke zurückgekehrt waren. Nach Heranholung von Verstärkung konnten 29 Mann festgenommen und auf einem Polizeiberufswagen nach Berlin-Buchholz gebracht werden, wo sie der Berliner Polizei übergeben wurden.

Ein Bankstand

Stuttgart, 18. Mai. (Eig. Meldung.) In dem kleinen württembergischen Städtchen Endersbach hat die Bankkommandite Fischer u. Co. die Zahlungen eingestellt. Die Gläubigerverammlung nahm einen sehr fiktiven Verlauf, was nach dem gegebenen Bericht auch nicht erstaunlich ist. Von den durchschnittlichen Ausfällen von 426 000 M. werden nur höchstens 133 000 M. realisiert werden können, da der Bankinhaber Julius Fischer ungesicherten Unternehmungen hohe Kredite, teilweise ohne jeden Sicherheiten, gewährt hatte, darunter auch an sich selbst (1) 62 000 M. Ueber 500 Gläubiger, darunter betagte Witwen, alleinstehende Frauen und bedürftige Rentner kommen um ihre letzten, der Bank anvertrauten Notgroschen. Der anwesende Julius Fischer weigerte sich trotz mehrfacher Aufforderung, sich vor allem zu seinem Privatkonto zu äußern. Er mußte durch Landjäger vor der Unzufriedenheit der erregten Versammlung geschützt werden. Die Versammlung lehnte jedes Eingehen auf einen Vergleichsvorschlag ab und beschloß die Einleitung des Konkursverfahrens zu beantragen.

Die Fliegerlandung bei Schweinfurt

München, 18. Mai. Gegen die bei Schweinfurt gelandeten drei französischen Flieger ist, wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros meldet, Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet. Die Flieger blieben bis zur Beendigung des Strafverfahrens unter polizeilicher Aufsicht. Im Strafverfahren wird die Frage zu entscheiden sein, ob es sich um eine Hottlandung oder einen Spionagefall handelt. Die Flugszene werden zunächst abgeurteilt.

Wegen Spionageverdachts festgenommen

Berlin, 18. Mai. Durch die diesbezügliche Polizei sind in den letzten Tagen mehrere Personen wegen Spionage festgenommen.

worden. Es handelt sich um Angehörige der KPD, größtenteils um Funktionäre, die einer weitverbreiteten Organisation angehören, welche militärische und wirtschaftliche Spionage für eine ausländische Macht betreibt. Bei den Festnahmen und Hausdurchsuchungen wurde wichtiges Material festgefällt. Die Polizeidirektion erklärt, daß sie im Augenblick keine näheren Angaben zu machen in der Lage ist.

Die drohende Einwanderung nach den USA.

Noch einer Mitteilung des Präsidenten Hoover ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Einwanderung auf 10 815 Personen zurückgegangen, während der Abgang durch Auswanderung und Ausweisung in der gleichen Zeit auf 21 468 stieg, so daß monatlich 3550 mehr Personen die USA. verließen, als hereinkamen. Von den obigen 21 468 Personen wurden insgesamt 7658 ausgewiesen; von April 1930 bis Ende März 1931 betrug die Zahl der Ausgewiesenen 28 498.

Franzens Haftbefehle zum Schulstreik

Braunschweig, 19. Mai. (Funkdienst.) Der Naziminister Franzen hat den Eltern, deren Kinder am 11. und 12. April am Schulstreik der weltlichen Schule teilnahmen, einen Strafbefehl übermitteln lassen, wonach sie eine Haftstrafe von drei Tagen antreten müssen. Hunderte von Strafbefehlen sind bereits durch die Polizei ausgefertigt worden. Bei früheren religiösen Schulstreiks der Reichsregierung war eine Geldstrafe von RM. 2.— verhängt worden. Der weltliche Elternabend wird eine richterliche Entscheidung beantragen. Franzen fühlt sich offenbar schon als Diktator, da er halb Braunschweig ins Gefängnis stecken will.



Arturo Toscanini

Toscaninis Vergewaltigung durch den Faschismus

Vogans, 19. Mai. (Funkdienst.) Toscanini wird in Mailand zur Zeit von der Polizei hart bewacht. Vor dem Einzug des Patriarchenpalastes, wo Toscanini wohnt, hatten nicht weniger als 18 Kriminalbeamte und 4 uniformierte Karabinieri mit einem Offizier Wache. Die Entrüstung über die Behandlung des Meisterdirigenten ist im Volk allgemein. In der Mailänder Scala erscholl während des zweiten Symphoniekonzertes der Frühjahrsperiode, unter der Leitung des bekannten Amsterdamer Dirigenten Albert van Raalte, pfeiflich aus einer Studentengruppe der Ruf: „Vivat Toscanini“. Dieser Ruf wurde vom ganzen Haus mit Beifall aufgenommen. Von allen Seiten stürzten die Geheimpolizisten auf den Ruf zu und verhafteten ihn sowie mehrere andere junge Leute, die in seiner Nähe standen.

Kleine badische Chronik

Der Mannheimer Geldbriefstrahrgewalt

* Karlsruhe, 18. Mai. Der vor etwa acht Tagen in einem Hause der Seidenheimer Straße in Mannheim verübte schwere Raubüberfall auf einen Geldbriefträger, bei dem den Tätern 3000 Mark in die Hände fielen, ist aufgeklärt. Als Täter wurden verhaftet der 22 Jahre alte Kunstschüler Adolf Heck aus Karlsruhe, der 22 Jahre alte Camil Schwarz und der 20 Jahre alte Hermann Erich Casper aus Breslau. Heck wurde in Karlsruhe festgenommen und nach Mannheim gebracht. Bei der Gegenüberstellung wurden die Täter einwandfrei erkannt. Der Haupttäter hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Schwarz wurde in Northeim in Hannover festgenommen. Casper ist flüchtig und hat sich nach Holland gewandt. Casper war derjenige, der sich in Mannheim einmietete und die Postanweisung ausgab. Schwarz und Heck besahen die Kunstschule in Karlsruhe. Casper hat ihnen Modell gestanden. Bei den Festgenommenen wurden noch einige hundert Mark der Beute vorgefunden.

Schweres Verletzungsunfall

Florsheim, 18. März. Am Samstag nachmittag kam es in der Kaiser-Friedrich-Straße zu einem schweren Verletzungsunfall. Ein zweieinhalb Jahre altes Mädchen, das die Straße überqueren wollte, wurde von einem Selbstwagen erfasst und zu Boden geschleudert. Dabei erlitt das Kind so schwere Verletzungen, daß es kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verschied.

Der Sprengstoffdiebstahl in Ettlingen

Ettlingen, 17. Mai. Die Nachforschungen der Polizei bezüglich des großen Sprengstoffdiebstahls in Ettlingen werden mit unverminderter Energie fortgeführt. Bisher ist es allerdings noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln oder den Verbleib der gestohlenen Sprengstoffe festzustellen. Der Einbruch ist in einem Verstoß des Steinbruchs der Stadt Ettlingen verübt worden, der gegen Einbruch und gegen Diebstahl besonders gesichert war. Die gestohlenen Sprengstoffpakete waren für Sprengungen in den umliegenden Steinbrüchen bestimmt. Entdeckt wurde der Diebstahl am Freitag morgen, als die Arbeiter die eisernen Türen und die Behälter aufgebroschen vorfanden. Sofort nach der Entdeckung wurde die Staatsanwaltschaft und die Polizei in Karlsruhe vom dem Vorkommnis unterrichtet. Unter Leitung der Staatsanwaltschaft fanden dann zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen in Ettlingen mit negativem Erfolge statt.

In der Scheune verbrannt

Korsheim, 17. Mai. Auf dem Heuboden des Landwirts St. Zoller entstand am Samstag nachmittag ein Feuer, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Als die beiden Söhne des Landwirts, die im Alter von drei und acht Jahren stehen, allein zu Hause waren, gingen sie auf den Heuboden, um mit Streichhölzern

zu spielen. Dabei wurde die erst vor wenigen Jahren erbaute Scheune in Brand gesetzt. Der ältere Knabe konnte sich in den Hof retten, während das dreijährige Kind sich nicht zu helfen wußte und schließlich in einer Ecke Zuflucht suchte, wo es aber bald von den Flammen erfasst wurde und verbrannte.

Verbrüht

Freiburg i. Br., 18. Mai. Ein zweieinhalb Jahre altes Kind fiel rücklings in einen am Boden stehenden Topf mit heißer Milch und erlitt so schwere Verletzungen, daß es kurz darauf starb. Ein sechs Monate altes Kind sollte sich in einem unbewachten Augenblick vom Tisch und auf den daneben stehenden heißen Kochherd und erlitt so schwere Verbrennungen, daß es starb.

Verletzungsunfall

Endingen, 17. Mai. Heute nacht ereignete sich hier ein bedauerlicher Unfall, der ein Menschenleben forderte. Der 23jährige ledige Tagelöhner Josef Baumann fuhr mit Bekannten auf einem Transportwagen in Richtung Riegel. Am Ausgang der Stadt fiel er aus unbekannter Ursache von seinem Sitz. Der Wagen fuhr über ihn hinweg und brachte ihm derart schwere Verletzungen bei, daß man ihn kurz darauf nur noch tot auffand.

* Forst. Beim Spiel an der Häckelmaschine brachte ein Kind des Metzgers Karl Liebaert seine Hand in die Messer, wodurch zwei Finger an der rechten Hand abgeschnitten wurden.

* Schwellingen. Als der Motorradfahrer Julius Ull am Samstag abend, aus Richtung Mannheim kommend, nach links ausbiegen wollte, um in seine Garage zu fahren, wurde er von einem anderen Motorrad, Heinrich Schübacher aus Neulohrheim gehörig, angefahren. Ull wurde bei dem Zusammenstoß ein Bein aufgerissen, sein Rad schwer beschädigt. Schübacher kam mit leichten Verletzungen davon, dagegen erlitt eine auf seinem Sozialismus mitfahrende Frau aus Brühl eine schwere Gehirnerschütterung.

* Müllersdorf. Der elf Jahre alte Sohn des Landwirts Eugen Schupp wurde von einem scheuernden Pferd vor die Brust geschlagen und getötet.

* Oberbalbach (Amt Laubersbichsheim). Der 16jährige Sohn Philipp der Witwe Schmitt war auf dem Hofe Markt bei Stammersweilanden heimlich. Ein Stamm rutschte ab, der junge Mensch kam zu Fall und es wurde ihm das Rückgrat abgedrückt. Der fleißige brave Burche war alsbald eine Leiche.

* Badisches Landestheater. In dem heute, Dienstag, 19. Mai, zur Uraufführung kommenden pantomimischen Ballett „Don Juan“ von Gluck, in der von Anton Rudolf geschaffenen Neugestaltung der Handlung, wird Harald Josef Fürstenau den Titelpart tanzen. Die übrigen Figuren werden von Emma Ladner und den Herren Richtig, Hofschy und Prüter verkörpert.

Der Badische Völkerverein ist für den Sommerdienst 1931, der mit dem 15. Mai in Kraft trat, rechtzeitig erschienen und in allen bekannten Verkaufsstellen zum Preis von 50 Pf. zu haben. In übersichtlicher Weise mit seiner bekanntesten Orientierungsmöglichkeit bringt er sämtliche badischen Haupt- und Nebenbahnen, sowie die wichtigsten Anfahrtslinien Württembergs und der Schweizer Bundesbahnen, ferner die Baden-Nordsee-Verbindungen und schließlich die Postlinie der Oberpostdirektion Karlsruhe und Konstanz einschließlich der Privatpostlinie.

Sport

Arbeiterportolympia in Wien

Die bedeutendste Veranstaltung in diesem Jahr ist für den Arbeiterportolympia in Wien am 23. bis 26. Juli. Alle Sportarten der Arbeiter-Sport-Internationalen sind beteiligt. Die Länder werden ihre besten Vertreter entsenden. Die Vorbereitungen zur Auswahl der Deutschen Teilnehmer ist bereits im Gange. Die Teilnehmer aus unserem Reiches stellt der Arbeiterturn- und Sportbund mit dem Arbeiter-Athletenbund mit 60 Sportlerinnen und Sportlern. Der hohen Kosten wegen finden keine Bundes-Ausgaben statt, sondern wird den Verbänden und Kreisen überlassen. Der 10. Kreis (Baden, Pfalz und Saar) hält seine Ausgabungen am 7. Juni auf der Zellweide in Mannheim ab. Die Besten des Bundes stellt dann der Bundes-Sportauswahlschuss zusammen. Hoffen wir, so manchen Vertreter unseres Reiches dabei zu haben. Rüstet die wenigen Tage zum Training aus, damit unsere Sportler die besten Leistungen sind. Über diesen Auswahlschuss findet für alle Sportler und Sportlerinnen ein Kreisoffenes Sportfest statt. Die Wettbewerbe hierzu sind Mehrkämpfe, Einzelspiele und Saisetten für Jugend, Sportlerinnen und Sportler in den verschiedenen Klassen. Näheres hierüber findet man in der Kreiszeitung Nr. 11 und 12. Die Wettbewerbe für alle Teilnehmer gehen an die Bezirksportwart und in der Termin am 24. Mai. Die technische Entwicklung der Leichtathletik schreitet immer mehr vorwärts, jedoch für manchen Teilnehmer immer noch viel zu leben und üben gibt.

Fußball

Vorbeer 06 Hamburg Bundesfußballmeister

Der Norddeutsche Meister Vorbeer Hamburg schlägt den Mitteldeutschen Meister Leipzig-Reagan 4:2. Zur Halbzeit führte Reagan 2:1. 20 000 Zuschauer. Die Hamburger Arbeiterportolympia hat in ihren Mannern eine Rekordzuschauerzahl erreicht. Das Spiel war von etwa 20 000 Personen besucht. Der Großteil der Hamburger Spielersleute spielte vor Beginn des Kampfes den Sozialistischem, der lebend von den Massen angeht wurde. Die Mannschaften wurden bei ihrem Erscheinen heftig begrüßt. Das Spiel von beiden Mannschaften ist einseitig Tempo übernahmte. In der ersten Halbzeit war Reagan fast immer leicht überlegen. Kurz vor Schluss der Halbzeit stellte Vorbeer das Ergebnis auf 2:1 für Reagan. Nach der Pause wucht ausgleichendes Spiel, dann wurde Vorbeer überlegen. Die Tore für Vorbeer fielen in fast regelmäßigen Abständen von Viertelstunden zu Viertelstunden.

Die begeisterten Zuschauer begrüßten durch laute Rufe und Sanktionen den neuen Bundesmeister. Der Gesamtstand der technischen Leistungen des Mitteldeutschen Meisters Reagan war sehr gut, dagegen enttäuschend in dieser Beziehung Vorbeer etwas, trotz seines Sieges. An besonderen Eigenschaften zeigten die Hamburger großes Temperament und Schußfreudigkeit, sie spielten sie hoch, teils hoch. Dadurch war das Spiel reich an Abwechslung. Vorbeers Stürmer wurden wegen Schluß des Spiels einwandfrei überlegen, vorher betrieben sie viel Ueberbottung.

Auskünfte der Redaktion

M. A. M. Beim Zoll für Herrenstoffe aus Polen kommt es darauf an, ob der Stoff aus Wolle, Baumwolle usw. besteht. Sie werden sich in dieser Sache am besten an die Handelskammer, die Ihnen Bescheid geben kann.

S. J. Das Fahrgeld für die Reichsbahn wird bei der Bemessung der Reiseunterstützung in Anrechnung gebracht. Es ist deshalb ratsam, daß Sie beim Arbeitsamt darauf hinweisen.

A. W., Braunschweig. Wer Waren oder Gegenstände durch Aufsuchen der Käufer in ihren Wohnungen absetzen will, bedarf dazu eines Wandererwerbseineines. Wer für eine andere Firma auf diese Weise tätig sein will, muß von dieser eine Reiselegitimation haben. Wandererwerbseineine kann man auch für kürzere Zeiträume als wie ein ganzes Jahr bekommen.

U. G. Der Hauskäufer ist verpflichtet, die angeforderten Steuern zu bezahlen, auch wenn sie für zurückliegende Zeiten sind, da ihm das Haus noch nicht gehört.

S. 100. Die Gemeinde ist verpflichtet, den Schaden, welcher durch den normalen Kauf des Bades entstanden ist, zu befriedigen. Stellen Sie einen entsprechenden Antrag bei der Gemeinde.

S. A. Auf Grund des Fürsorgegesetzes ist jede Gemeinde verpflichtet, einem Einkommenslosen, wenn er mittellos ist, eine Unterhaltung in bar oder Naturalien für den notwendigen Lebensunterhalt zu geben. Auch ist sie verpflichtet, für Unterkunft (Wohnung) zu sorgen.

D. 12. Innerhalb 6 Wochen nach Anfall einer Erbschaft sind die Erben berechtigt, diese auszusprechen. Wird die Erbschaft angenommen, so haften die Erben auch für die Schulden, welche vorhanden sind. Hat die Gemeinde Unterhaltskosten an den Verstorbenen geleistet, so kann sie diese von den Erben, insbesondere aber von den Verwandten, zurückfordern.

Niedelsheim, I. A. Sie können von Ihrer Stiefmutter aus der Erbschaft Ihres Vaters den Betrag von 125.— M. zurückfordern, wenn dem üblichen Zins vom 1. 1. 1924 ab. Ein Erbschaft an das Vermögen Ihrer Stiefmutter steht Ihnen nicht zu.

U. E. 100. Einer unterhaltspflichtigen Person kann der Wandererwerbseineine erteilt werden, wenn der Unterhaltspflichtige beim Arbeitsamt die Sperrung des Reisepasses beantragt, mit der Begründung, daß die Reise in das Ausland unternommen wird, um der Unterhaltspflicht zu entgehen. Wenn der Unterhaltspflichtige Vermögen hat und er dieses für ordnungsmäßige Besorgung der fälligen Unterhaltsrente verwendet, so muß ihm der Reisepass erteilt werden.

S. 5. Die Unterhaltspflicht, die Ihr Bruder erhält, ist richtig, mehr kann er nicht bekommen, da die Reiseunterstützung immer um einige Klassen niedriger ist als wie die Arbeitslosenunterstützung. Bezüglich der Unfallkasse Ihres Bruders müssen Sie sich zwecks Befreierteilung an die Berufsgenossenschaft wenden, in welchem der Betrieb, wo der Unfall passiert, versichert ist.

Nr. 292. Wenn Sie Ihr Haus mit Beihilfe der Stadt oder des Wohnungsverbandes bauen, so brauchen Sie überhaupt keine Steuern bezahlen. Reiseeinkommensteuer müssen Sie nur insoweit bezahlen, als Sie wirklich aus der Miete des Hauses einen Gewinn erzielen. Die Zinsbeihilfe und das eigene Kapital brauchen Sie nicht versteuern. Der eigene Verbrauch eines Gewerbetreibenden ist unbesteuerpflichtig.

Nr. 42. Der Ehemann ist verpflichtet, für den Unterhalt der Frau in geunden und franken Tagen aufzukommen, somit muß er auch die Krankenhaustkosten bezahlen, die für die Frau entstehen sind. Wenn die Ehefrau stirbt und keine Kinder oder Enkel vorhanden sind, so gehört der Ehemann die Haushaltungsverwaltung. Alles was der Frau persönlich gehörte ihm allein als Eigentum. Von dem übrigen Vermögen erhalten die Eltern oder Geschwister nichts, falls dem Ehemann die Hälfte, die andere Hälfte dieses Vermögens fällt dem Ehemann zu.

Nr. 100. Das Jugendamt muß eine Befreiung ausstellen, wenn eine schriftliche eideschwörende Erklärung an das Jugendamt abgegeben wird, wonach infolge Ihres derzeitigen niedrigen Einkommens Sie für außererwerbliches Kind nicht mehr unterhalten könnten. Erhält dann die Kindesmutter vom Jugendamt die Befreiung, so erhält sie auch den Zuschlag für ihr außererwerbliches Kind.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

19. Mai.

1498 Vasco de Gama entdeckt Seeweg nach Ostindien. — 1762 Philosoph Job. Gottl. Fichte. — 1825 Claude Henri Saint-Simon. — 1849 Unterdrückung der Rheinischen Zeitung. — 1910 Politische Diktatorin C. v. Draesko. — 1918 Schweizerischer Maler Ferd. Hodler. — 1925 Internationale Arbeiterversammlung in Genf.

Ein automatischer Verkehrsregler

Auch dem Verkehrsregler, der an Straßenkreuzungen seine gewöhnlich nicht beneidenswerte Tätigkeit verrichten muß, droht Konkurrenz durch den automatischen „Kollegen“. In den verschiedenen Städten sind selbsttätige Verkehrsregler in Gebrauch und auch in Karlsruhe hatte man gestern Gelegenheit, an der Straßenkreuzung Ritter- und Kriegsstraße einen derartigen Verkehrsregler in Tätigkeit zu sehen. Die Firma Sternberg-Traffic-Automaten Company G. m. b. H., Neustadt im Schwarzwald, ließ ein solches technisches Wunder probeweise in Tätigkeit setzen, um Behörden, Presse und sonstiges Publikum von der großen Leistungsfähigkeit ihres Fabrikates zu überzeugen. Und man darf konstatieren, daß dieser individuelle Traffic-Automat recht gut funktioniert.

Ein schmaler Bodenkontakt ist quer in die Straßenoberfläche eingelassen, während eine Ampel mit Blinkern in verschiedener Höhe in der Mitte der Straßenkreuzung in hängender Lage angebracht ist. Der Bodenkontakt ist je nach den örtlichen Verhältnissen 20—40 Meter vor einer Straßenkreuzung, oder einem sonstigen Gefahrenpunkt angebracht. Alle rollenden Bewegungen über diesen Kontaktstreifen nimmt der Apparat auf, wodurch die Signale die entsprechende Antwort (Lichtzeichen) gibt. Das Fahrzeug, welches zuerst einen Bodenkontakt in der Richtung der Gefahrenstelle berührt, schaltet für die eigene Straße und zwar für beide Fahrrichtungen grünes Licht und für die Querstraße gleichzeitig rotes Licht ein. Folgt kein Fahrzeug nach, so erlöschen nach einigen Sekunden die Lichter. Die Brennstoffe ist regulierbar. Ist während der Sperrzeit ein Fahrzeug in der Querstraße über einen Kontakt gefahren, so erlischt nach Ablauf der Zeit das Licht nicht, sondern wechselt die Farbe, d. h. die vorher freie Straße wird gesperrt und die gesperrte Straße wird freigegeben. Der Bodenkontakt arbeitet nur in der Richtung zum Gefahrenpunkt. Elektrische Bahnen werden besonders an den Apparat angeschlossen und wirken daher wie jedes andere Fahrzeug auf den Schaltautomaten. Sie können je nach den Verhältnissen gleichberechtigt oder bevorrechtigt werden.

Sollten zufälligerweise die beiden Kontakte von zwei sich kreuzenden Straßen im gleichen Augenblick betätigt werden, so erhält die im voraus bestimmte Vorrangstraße freie Fahrt und nach Ablauf der Sperrzeit wechseln — wie üblich — die Zeichen.

Ist eine Straße durch dauerndes Befahren länger als eine bestimmte Zeit (z. B. eine Minute) frei gewesen und warten ein oder mehrere Fahrzeuge in der gesperrten Straße, so schaltet der Apparat nach Ablauf der Zeit (der Minute) um. Diese Zeit ist regulierbar. Kommt kein Fahrzeug in der gesperrten Straße, so kann eine ununterbrochene Reihe von Fahrzeugen in einer oder anderen Richtung passieren und wird erst beim Nähern eines Fahrzeuges in der gesperrten Straße die Kette unterbrochen, d. h. das Signal wechselt. Selbstverständlich brauchen die Fahrzeuge nicht nur die freie Straße zu befahren, sondern sie können auch rechts und links in die gesperrten Straßen einbiegen.

Die Signalordnung ist folgende: Gelbes Blinklicht: Fußgänger und Fahrzeuge Achtung! Grünes Signal: Fußgänger und Fahrzeuge frei! Gelbes Signal: Fußgänger frei, Fahrzeuge Achtung, Halt! Rotes Signal: Fußgänger und Fahrzeuge Halt!

Ob in Karlsruhe ein derartiger Apparat in nächster Zeit zur Einführung kommt, steht noch nicht fest. Nach Versicherungen der mit der Vorführung betrauten Firmenvertreter ist ein Verlangen des Apparates ausgeschlossen, so daß bei Beachtung der Signale durch alle Leiter der Fahrzeuge eine reibungslose Verkehrsabwicklung vor sich gehen könnte. In Freiburg und anderen Städten ist der Apparat bereits erprobt worden und selbst der schneereiche Winter hat ein glattes Funktionieren nicht verhindern können.

Zur Ursache des Flugzeug-Unglückes

Die akademische Fliegergruppe und der Badisch-Bäulische Luftfahrerverein, die Vertreter der beiden am 9. Mai 1931 auf dem Karlsruher Flugplatz verunglückten Maschinen teilen mit, daß nach den neuesten Feststellungen der Hergang des Unfalles ein etwas anderes Bild ergibt, als den bisherigen Darstellungen entspricht:

Der Doppeldecker D 1575 „Brigant“ war nach einer Platzumrundung von seinem Führer Klückerle in Bodennähe abgelenkt worden, wenn er nicht gelandet war. Die Maschine wurde dann sofort wieder in aufsteigende Bewegung überführt. Inzwischen war der Eindecker D 2045 der Akademischen Fliegergruppe gestürzt, offenbar in der Erwartung, daß das andere Flugzeug seinen Flug beenden werde. Der Zusammenstoß erfolgte daher in einem Augenblick, als beide Flugzeuge im Steigen begriffen waren. Es ist zu vermuten, daß sich die Führer der beiden Flugzeuge erst unmittelbar vor dem Zusammenstoß gesehen haben, was sich wohl auch daraus erklärt, daß bei beiden Flugzeugen die Sicht nach Voraus, besonders wenn sie im Aufsteigen begriffen sind, nicht frei ist. Wie wir erfahren, befinden sich die drei Verletzten auf dem Wege der Besserung.

Aus Organisationen und Vereinen

15jähriges Bestehen des Bundes erblindeter Krieger
Der Bund erblindeter Krieger, Bezirk Baden, dem sämtliche Kriegsblinden des Landes angehören, kann in diesem Jahre auf sein 15jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand im Anschluß an die Jahres- und Landesversammlung dieser Organisation am Sonntag im „Colosseum“ eine Gedenkfeier statt, zu der neben zahlreichen anderen Landes- und Stadtbehördenvertretern sowie Vertretern befreundeter Nachbarverbände, Oberregierungsrat Dr. von Babo für den erkrankten badischen Staatspräsidenten Wittemann erschienen war.

Nach einem vom Waldhornquartett des Bad Landesbühnenvereins vorgelegten Chor aus „Parlala“ ergriff Bezirkspräsident Dr. v. Babo das Wort zur Begrüßungsansprache in der er ausführte, daß die sich von Jahr zu Jahr verstärkenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegsblinden, die sich immer mehr fühlbar machende Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung für die Not

Karlsruhe im Sommerluftverkehr

Der diesjährige Sommerluftverkehr hat am 1. Mai dieses Jahres mit sehr befriedigender Frequenz eingeleitet, eine Folge, nicht nur des schönen Flugwetters, sondern besonders der von der Luftfahrt ermäßigten Flugpreise, die teilweise den Tarif der 2. Klasse Schnellzug unterstehen. Die eigentliche Reisezeit beginnt im Luftverkehr erst ab 15. Mai, einem Termin, an den sich besonders die Ausländer, insbes. die Amerikaner mit ihren Europareisen stütze halten. Es hat den Anschein, als wenn gerade in diesem Jahre sich ein sehr starker Fremdenstrom aus Amerika in das südwestliche Deutschland erheben wird; denn die Zahl der Voranmeldungen von Reisevereinigungen bei den größeren Hotels ist außergewöhnlich hoch. Wenn nicht alles trügt, wird auch im deutschen Luftverkehr eine erfreuliche Belebung eintreten, die im Lande Baden den Flughafenstädten Karlsruhe, Mannheim, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz zugute käme. Die genannten Städte liegen an der idyllisch-badischen Schwarzwaldlinie, der landschaftlich wohl schönsten Luftstrecke Deutschlands. Die Schwarzwaldlinie geht im Jahre 1931 nicht mehr über Billingen, sondern über Freiburg. Damit wurde eine Schnellflughafenverbindung des Badischen Oberlandes mit Unterbaden geschaffen, die einem vielfach geäußerten Verkehrsbedürfnis entspricht. Man kann von Karlsruhe in 1 Stunde 5 Minuten in Freiburg sein und in genau 2 Stunden in Konstanz, Letztere Flugleistung dürfte im Vergleich zu 5 1/2—6 Stunden Schnellzug immerhin als recht günstig bezeichnet werden.

Karlsruhe verfügt in diesem Sommer überhaupt über eine große Anzahl guter Schnellverbindungen nach fast allen deutschen und europäischen Großstädten. Nürnberg wird in 2 Stunden, München in 1 Stunde 55 Minuten, Wien in 4 Stunden 40 Minuten, Budapest in 6 Stunden 25 Minuten erreicht. Nach Norden sind die Luftverbindungen eher noch schneller und günstiger: Der Passagier kann von Karlsruhe aus Köln in 2 Stunden 35 Minuten, Amsterdam in 5 Stunden 15 Minuten, London in 7 Stunden 35 Minuten erreichen. Luftverbindungen nach den großen Nachbarstädten, wie Stuttgart, Mannheim, Frankfurt werden dem Verkehrsbedürfnis entsprechend mehrfach am Tage geschlossen, so z. B. kann man von Karlsruhe nach Stuttgart um 12.30 und 17.20 Uhr starten, nach Mannheim um 8.25 früh und am Vormittag um 11.15 Uhr, entsprechende Rückflüge gehen von Stuttgart um 10.25 und um 14.45 und von Mannheim um 16.20 und um 18.10 Uhr nach Karlsruhe.

Die beiden Strecken nach Stuttgart, die mit einem Flugpreis von 8.— M. kaum als zu teuer bezeichnet werden dürfen, erfreuen sich der lebhaftesten Beteiligung der Karlsruher und Stuttgarter Handelskreise.

War die Strecke Freiburg—Stuttgart mit 55 Minuten Flugweg gegenüber 8 1/2 Stunden Eisenbahn die bestfrequentierte Linie, so kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die idyllische Schwarzwaldlinie von Mannheim über Karlsruhe—Baden-Baden—Freiburg nach Konstanz einer von Jahr zu Jahr steigenden Beliebtheit erfreut, die sie zu einer der meistbesuchtesten Luftlinien in Deutschland gemacht hat.

Abschließend kann man sagen, daß der Verlust, den Karlsruhe leider durch die Verlegung der Linie 52 Saarbrücken—München erlitten hat, durch die Doppelbefliegung nach Stuttgart so gut wie ausgeglichen ist, da Karlsruhe hierdurch nicht nur mit München, sondern auch mit dem nicht unwichtigen Nürnberg außerordentlich schnelle Flugverbindungen erhalten hat. Karlsruhe hat im Jahre 1931 beste Aussichten, ein auf frequentierter Flughafen zu bleiben.

wirdig seiner im In- und Ausland bekannten wunderbaren Lage am Eingange des nördlichen Schwarzwaldes.

In einer Pressebesprechung am letzten Samstag vormittag wurden sowohl vom badischen Desernenten für das Flugwesen, Herrn Stadtoberreichsrat Hermann wie auch von Herrn Direktor Gäf von der Badisch-Bäulischen Luftfahrergesellschaft die Bedeutung Karlsruhes im Luftverkehr besprochen. Herr Oberreichsrat Hermann wies u. a. darauf hin, daß man den Luftverkehr nicht danach betrachten könne, wie viele Personen befördert werden, sondern man müsse die Zukunft des Luftverkehrs im Auge behalten. Es gelte nicht nur Anflug an die Fortentwicklung zu finden, sondern wir müssen bestrebt sein, führend zu werden. Der Karlsruher Flughafen erhalte nicht nur einen Zuschuß von der Stadt, sondern er bringe auch für die Stadt ganz bedeutende Einnahmen, was ebenfalls beachtet zu werden verdient. Eines der Zukunftsprobleme werde wohl der Bedarf an Luftverkehr sein, also der Zustand, wo man Flugzeuge anfordere, wie man heute auch eine Kraftdrohne zur Ausführung dieser oder jener Fahrt miete.

Herr Direktor Gäf schmit ebenfalls letztere Frage an und erwähnte, daß auf der Strecke Frankfurt—Köln täglich eine postmalige Verbindung bestehe. Er kam sodann auch auf die Subventionenfrage zu sprechen, führte aus, daß auch die Schiffahrtsgesellschaften zum Teil Subventionen erhalten und auch das Automobilwesen in der Form subventioniert werde, daß der Staat ufm. für die durch die Autos verursachten Straßenreparaturen aufkomme, trotzdem die Autobetriebe nicht so stark für die Straßenkosten herangezogen werden, daß die Aufwandskosten gedeckt seien. Uebrigens sei die Subvention für die Luftfahrt von 2.50 M auf 1.50 M heruntersetzt worden. Zum Schluß machte er noch interessante Mitteilungen über die hiesige Werkf., die unter Leitung des Herrn Punkte außerordentlich leistungsfähig sei und alle Flugzeugreparaturen erledigen könne.

Interessant ist ein Vergleich über die Höhe der Luftfahrtbudgets verschiedener Länder. Laut amtlicher Aufstellung betragen diese für Frankreich 342,5 Millionen RM., pro Kopf der Bevölkerung 8,41 RM.; Deutschland 38,7 Millionen RM., pro Kopf der Bevölkerung 0,62 RM.; England 388,9 Millionen RM., pro Kopf der Bevölkerung 8,81 RM.; Vereinigte Staaten 350,3 Millionen RM., pro Kopf der Bevölkerung 8,06 RM.; Italien 153,05 Millionen RM., pro Kopf der Bevölkerung 3,79 RM.

Wenn auch die Subventionen für die zivile Luftfahrt im Rahmen des gesamten Staatshaushalts nur einen verhältnismäßig geringen Teil ausmachen, so muß es trotz der vorhin erwähnten Subventionen für eine Subvention doch vornehmlich Pflicht aller Luftverkehrsbetriebe sein, die Höhe der Beiträge mit allen Kräften zu reduzieren und allmählich volle Eigenwirtschaftlichkeit dieses gesamten Verkehrsbetriebes zu erstreben.

Authentische Zahlen über die Sicherheit im Luftverkehr

Unvorhergesehene Landungen (auf unvorherbestimmtem Gelände) 1927 374, 1928 274, 1929 202, 1930 109 auf 1 Mill. Kilometer im Planverkehr.

Stürze im Verkehrsnetze 1927 136, 1928 127, 1929 63, 1930 41 auf 1 Mill. Kilometer im Planverkehr.

Flugzeugunfälle mit Personenschäden 1927 17, 1928 13, 1929 6, 1930 6 auf 1 Mill. Kilometer im Planverkehr.

Gemeindliche Selbstverwaltung oder Diktatur

lautet das Thema, über das in der morgen, Mittwoch, abend im „Elefanten“ stattfindenden

Hauptversammlung

Gen. Stadtrat Löpper sprechen wird. Der Referent wird sich insbesondere mit dem Vorschlag und den standstilligen Vorgängen in der letzten Bürgerauswahlfürsorge befassen. Ist schon die Kommunalpolitik im allgemeinen wichtig genug, daß sich größtes Interesse seitens der Genossen und Genossinnen verdient, so ist die Behandlung der Vorkommnisse anlässlich der Vorschlagsberatung erst recht dazu geeignet, daß sich die Parteimitglieder zahlreich zur Versammlung einfinden.

dieser Wunden und die von der Reichsregierung geplanten Verschlechterungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Verlorngewinnens drängen auch die Kriegsblinden aus der bis jetzt stets geübten Zurückhaltung heraus. Oberregierungsrat Dr. von Babo überbrachte die Grüße und Segenswünsche des badischen Staatspräsidenten und Innenministeriums Wittemann.

Besonders ergreifend gestaltete sich die Gedächtnisansprache für die verstorbenen Kameraden und Toten des Weltkrieges, die von Kamerad Werner Wallbrunn gehalten wurde. Nach Schluß seiner Ansprache intonierte das Waldhornquartett den Marsch „Ich halt einen Kameraden“, der von den zahlreich erschienenen Kriegsblinden lebend angehört wurde.

Bezirksvorsitzender Vöhlke gab sodann einen kurzen Überblick über die verflochtenen 15 Jahre. Der Hauptgrund der Gründung des Bundes sei die Vertretung der berechtigten Interessen der Kriegsblinden. Der Bezirk Baden umfaßt mit seinen 119 Mitgliedern fast alle Kriegsblinden des Landes; außerdem zählt der Bund noch etwa 800 unterstützende Mitglieder, davon sind 300 Gemeinden. Bisher wurden durch die Bundesunterstützungskasse an die Mitglieder 23 000 Mark an Beihilfen, jährlich etwa 10 bis 12 000 Mark an Darlehen ausbezahlt. Besondere Dankesworte richtete der Redner an Oberreg.-Rat Dr. v. Babo, der die ganzen Jahre hindurch unermüdet für die Unterstützung des Bundes gewirkt hat.

Der aus Berlin zur Bezirksversammlung nach Karlsruhe gekommene erste Vortragsredner des Reichsbundes, Amtsgerichtsrat Dr. Klein, Berlin, verbreitete sich eingehend über die Notlage der Kriegsblinden und über die vom Reich in der in Aussicht stehenden Notverordnung geplanten Kürzungen der Fürsorgezuwendungen.

An der Aussprache beteiligte sich Oberregierungsrat Dr. v. Babo und der Vertreter des württembergischen Bundes, Muns-Stuttgart. In einer Entschließung, die an den Reichskanzler Reichsarbeitminister, Reichsfinanzminister und an das badische Innenministerium gerichtet ist, wird fester Protest gegen Kürzung der Verlorngewinnungsbeiträge, die unerträgliche Zustände zur Folge haben würden, erhoben. Unter allen Umständen sollen aber die Kriegsblinden von einer Kürzung ausgeschlossen werden.

In seinem Schlusswort dankte Bezirksvorsitzender Vöhlke allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Zwei Vorträge des Waldhornquartetts bildeten einen gelungenen Abschluß der Veranstaltung.

Gefangenen-fürsorge

„Der Hauptmann von Köpenick“ hat den großen Kreis seiner Helfer mit Einbürgerlichkeit auf die Schwere des Loses der Verdrängten aufmerksam gemacht. Das es sich dabei nicht um Dinge handelt, welche die Allgemeinheit nichts angehen, muß sich jeder klar machen, der die Tragik im Leben des Schütters Aoid auch nur wenig empfunden hat. Sind es doch Tausende, die unter alledem Last seufzen und aufrecht stehen wollen. Hier anemehende Hilfe zu leisten, ist Aufgabe der in Baden schon seit hundert Jahren bestehenden Bezirksvereine für Jugendhilfe, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge. Mit einem am kommenden Donnerstag (21. Mai) 20 Uhr im Schwurgerichtssaal (Elefantenstraße) stattfindenden Abend im Rahmen der Gefangenenfürsorge der Bezirksvereine für Jugendhilfe, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge die Öffentlichkeit für seine Tätigkeit interessieren. Straftatensachverständiger Dr. v. Babo (Präsident) wird über „Licht und Schatten aus Gefangenen- und Fürsorgearbeit im Justizhaus“ sprechen. Der Eintritt ist frei. Möge die Karlsruher Bevölkerung wissen, daß sie sich im Schwurgerichtssaal nicht nur einfindet, um bei interessanten Gerichtsverhandlungen ihren Genossenschaftungen zu folgen, sondern auch, um sich Wege weisen zu lassen, unglücklichen Mitmenschen zu helfen.

Veranstaltungen

Streichkonzert im Stadtsaale. Wir machen unsere verehrlichen Helfer darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, den 20. ds. Mts., von 19.30—11.15 Uhr, im Stadtsaale ein Streichkonzert stattfindet, ausgeführt vom Quartett der Harmonik der Orchester der Karlsruher unter der Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Irrgang. Die Mittwoch-Nachmittagskonzerte erfreuen sich beim Publikum stets einer besonderen Anziehungskraft, weshalb auch dieses Konzert besonderer Erfolg bescheiden sein möge.

Gegenüber dem Vortrag über Vererbung und Eugenik des Herrn Prof. Dr. Eugen Fischer, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, findet am Dienstag, 19. Mai, 20 Uhr, im Bürgerlaube des Rathauses statt. Eintritt frei.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungsseiten. 15. Mai: Katharina Müller, alt 68 Jahre, Witwe von Heinrich Müller, Landwirt. Rosa Döllschon, alt 66 Jahre, Witwe von Gottlob Döllschon, Hausmeister. Anton Bensch, alt 25 Jahre, (Wastanz). — 16. Mai: Friedrich Kübler, Schuhmacher, Ehemann, alt 64 Jahre. — 17. Mai: Dummel, alt 71 Jahre, Privatier, ledig. Effrieda Schneider, alt 30 Jahre, ohne Beruf, ledig. Luise Göhring, alt 87 Jahre, Witwe von Jakob Göhring, Eisenhauer. Beerdigung am 19. Mai, 14 Uhr. — 17. Mai: Ernst Erb, Kontrolleur, Ehemann, alt 61 Jahre. Beerdigung am 20. Mai, 13.30 Uhr. Elisabeth Hamm, alt 60 Jahre, Ehefrau von Ernst Hamm, Betriebsführer. Beerdigung am 20. Mai, 14 Uhr. Hans, alt 1 Tag 8 Stunden 45 Minuten. Vater Karl Bohn, Baumfellehrer (Domstetten). — 18. Mai: Werner Schott, Verwaltungssekretär, Ehemann, alt 47 Jahre. Beerdigung am 20. Mai, 14.30 Uhr. Friedrich Knobloch, Steinbauwerkmeister, Witwer, alt 67 Jahre. Feuerbestattung am 20. Mai, 12 Uhr.

